



Plenum

31. Sitzung

München, Donnerstag, 7. November 2019, 09:00 bis 18:00 Uhr

Schicksalstag 9. November: Fall der Mauer 1989 und Reichspogromnacht 1938..... 3681

Nachruf auf die ehemalige Abgeordnete **Dr. Elisabeth Biebl** 3682

Geburtstagswünsche für die Abgeordnete **Dr. Ute Eiling-Hütig** 3682

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Bayerns Wirtschaft im Abwärtssog - Wohlstand und Arbeitsplätze sichern"

Martin Hagen (FDP).....	3682	3684
Alexander König (CSU).....	3685	
Katharina Schulze (GRÜNE).....	3687	
Manfred Eibl (FREIE WÄHLER).....	3689	
Uli Henkel (AfD).....	3690	
Annette Karl (SPD).....	3692	
Klaus Holetschek (CSU).....	3693	
Eva Lettenbauer (GRÜNE).....	3695	
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER).....	3697	3699
Albert Duin (FDP).....	3699	3701
Walter Nussel (CSU).....	3701	
Stephanie Schuhknecht (GRÜNE).....	3702	
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	3704	3704 3705
Staatssekretär Roland Weigert.....	3705	

Gesetzentwurf der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

zur Gewährleistung der Patientensicherheit durch Förderung von Einzelzimmern und durch Einführung von Kontrollmechanismen in Krankenhäusern (Drs. 18/3036)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 18/4436)

Roland Magerl (AfD).....	3707
Barbara Becker (CSU).....	3708 3710 3711
Andreas Winhart (AfD).....	3711 3711
Christina Haubrich (GRÜNE).....	3711
Susann Enders (FREIE WÄHLER).....	3712
Ruth Waldmann (SPD).....	3714
Dr. Dominik Spitzer (FDP).....	3715
Beschluss.....	3715

Abstimmung

über Verfassungstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage...)

Beschluss..... 3716

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)

Neubewertung von Reaktivierungskriterien (Drs. 18/1192)

Beschlussempfehlung des Bauausschusses (Drs. 18/4445)

Alexander Muthmann (FDP).....	3716
Jürgen Baumgärtner (CSU).....	3717 3721 3726
Dr. Markus Büchler (GRÜNE).....	3719 3721
Manfred Eibl (FREIE WÄHLER).....	3721 3723
Toni Schuberl (GRÜNE).....	3723 3728
Dr. Ralph Müller (AfD).....	3723 3724 3724 3725
Klaus Adelt (SPD).....	3725 3726
Staatsminister Dr. Hans Reichhart.....	3727 3728
Namentliche Abstimmung.....	3729

(Beginn: 9:03 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 31. Vollversammlung des Bayerischen Landtags.

Der 9. November ist für uns Deutsche ein echter Schicksalstag. In zwei Tagen jährt sich zum dreißigsten Mal der Fall der Mauer. Wir verbinden mit diesem 9. November 1989 wirklich grenzenlose Freude in jeder Hinsicht und auch Hoffnung. Wir verbinden mit ihm auch Dankbarkeit für die Menschen in Ostdeutschland, die entschlossen, mutig und friedlich für Frieden und Freiheit gekämpft und sich aus der Unterdrückung des Unrechtsregimes der 30 Jahre zuvor befreit haben.

In den letzten 30 Jahren ist in unserem vereinten Land vieles gelungen, aber es gibt natürlich immer auch unerfüllte Hoffnungen, und es gibt natürlich auch Rückschritte. Deswegen verbinden wir mit diesem Tag auch den festen Willen, uns den verbliebenen Herausforderungen gestalterisch-konstruktiv zu stellen, sowohl politisch als auch gesellschaftlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Freude über die Wiedervereinigung ist der 9. November auch untrennbar mit der Reichspogromnacht im Jahre 1938 verbunden. Propagandaminister Goebbels löste mit einer Hetzrede im Alten Rathaus in München überall im Land direkte und gezielte Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung aus. Unter der Führung von SA- und NSDAP-Mitgliedern wurden in dieser Nacht und in den folgenden Tagen weit mehr als 1.000 Menschen ermordet. Zehntausende jüdische Männer sind in Konzentrationslager gebracht worden. Über 1.400 Synagogen und Gebetshäuser wurden zerstört, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert. Die Polizei griff nicht ein und die Feuerwehr nur, um ein Übergreifen der Flammen auf die umstehenden Gebäude zu verhindern. Nur wenige Menschen trauten sich, den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen.

Der 9. November markiert den Anfang der systematischen Vernichtung der Juden, den Beginn des Holocaust. Besonders erschreckend ist im Rückblick, dass diese Nacht und diese Tage im November 1938 ein Testlauf waren – mit dem folgenreichen Ergebnis, dass die Nazis sahen, dass sich ihnen niemand in den Weg stellen würde. Damit stehen wir bis heute als Volk vor Fragen, auf die nur schwer Antworten zu finden sind, und wir stehen vor der traurigen Gewissheit, was passieren kann, wenn sich Menschen über andere Menschen erheben. Das wird uns immer Mahnung sein. Demokratie ist keine Gabe, sondern sie ist eine Aufgabe. –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wir gedenken einer ehemaligen Kollegin. Am 1. November verstarb im Alter von 91 Jahren Frau Dr. Elisabeth Biebl. Sie war von 1974 bis 1990 Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrat für die CSU den Stimmkreis München-Schwabing bzw. den Wahlkreis Oberbayern. Frau Dr. Biebl studierte Rechtswissenschaften in Regensburg und München. Sie promovierte 1959 über den Inhalt und die Grenzen der grundgesetzlich verankerten Glaubens- und Gewissensfreiheit. Schon ein Jahr zuvor hatte sie ihre Berufsausübung als Assessorin bei der Deutschen Bundespost in Stuttgart und Frankfurt am Main begonnen. Ab 1962 war sie in München Referentin für Wohnungsbauverwaltung bei der Oberpostdirektion, wurde Abteilungsleiterin und Amtsvorsteherin bei verschiedenen Postämtern. Während ihrer Zugehörigkeit im Hohen Haus engagierte sie sich unter anderem im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, im Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, im Landesgesundheitsrat sowie im Kuratorium der Landesstiftung zur "Hilfe für Mutter und Kind". Im Jahr 1989 war sie Mitglied in der Bundesversammlung. Für

ihr langjähriges Engagement für die Menschen in Bayern wurde sie unter anderem mit dem Bayerischen Verdienstorden und der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet. Der Bayerische Landtag trauert mit den Hinterbliebenen und wird der Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. –

Sie haben sich zum Gedenken erhoben. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie meistens, liegen auch heute Trauer und Freude eng beieinander. Ich freue mich ganz besonders, heute einem Geburtstagskind zu gratulieren. Die Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig hat heute Geburtstag, wie sie selbst gesagt hat, den 39.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir gratulieren ihr dazu. Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Bayerns Wirtschaft im Abwärtssog - Wohlstand und Arbeitsplätze sichern"

Sie kennen das Prozedere: entweder fünf Minuten pro Redner oder für einen Redner zehn Minuten unter Verzicht auf einen weiteren Kollegen oder eine weitere Kollegin. Die fraktionslosen Kollegen haben je zwei Minuten zur Verfügung.

Erster Redner ist Herr Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion, bitte.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, einen schönen guten Morgen! "Bayerische Wirtschaft im Abwärtssog", titelte Ende Oktober der Bayerische Industrie- und Handelskammertag. Der Konjunkturindex, ermittelt durch eine Umfrage unter 3.700 bayerischen Unternehmen, ist demnach zum fünften Mal in Folge – auf den niedrigsten Wert seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 – gesunken. Unser Arbeitsmarkt zeigt sich Gott sei Dank noch relativ robust, aber auch hier, so stellen wir fest, kommen die Einschläge näher.

Brose streicht Hunderte von Stellen in Coburg, Würzburg, Bamberg und Hallstadt. In Hallstadt schließt außerdem Michelin sein Werk mit 860 Mitarbeitern. Bei Continental in Roding stehen 540 Beschäftigte vor dem Aus. Brandl schließt sein Werk in Pfeffenhausen, Bosch streicht Arbeitsplätze in Bamberg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als die FDP vor einem halben Jahr hier schon einmal die wirtschaftliche Entwicklung zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht hat, war der Abschwung noch etwas Abstraktes. Es ging um Zahlen, es ging um Prognosen. Heute geht es um Jobs, heute geht es um Arbeitsplätze, heute geht es um die Schicksale von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schade, dass der Wirtschaftsminister heute bei dieser Debatte nicht anwesend sein kann. Ich weiß, er ist in China. Dies ist eine wichtige Delegationsreise. Mich würde aber interessieren, was er diesem drohenden Abschwung entgegenzusetzen gedenkt.

Mir sagen Unternehmen und Vertreter von Wirtschaftsverbänden immer wieder, dass ihnen wohler wäre, wenn wir in diesen stürmischen Zeiten an der Spitze des

Wirtschaftsministeriums jemanden hätten, der sich in der Vergangenheit einen Ruf als kompetenter Wirtschaftspolitiker erarbeitet hat.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Mein Gott! Primitiv! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Ähnliches, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, höre ich übrigens hinter vorgehaltener Hand auch immer wieder von Ihrem Koalitionspartner.

(Alexander König (CSU): Das sind alles bloß Unterstellungen!)

Auch jemand, der bewiesen hat, dass er Positionen vertritt, die im Interesse der bayerischen Wirtschaft liegen, der amtierende Wirtschaftsminister, ist ein erklärter Gegner wichtiger Infrastrukturprojekte wie beispielsweise der dritten Startbahn am Münchner Flughafen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Der amtierende Wirtschaftsminister ist ein erklärter Gegner der Stromtrassen, die wir dringend brauchen, um eine sichere und vor allem auch bezahlbare Stromversorgung zu gewährleisten, und er ist ein erklärter Gegner von Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP. Dabei ist es doch gerade dieser Handelskonflikt, sind es doch gerade diese Strafzölle, die unserer exportorientierten Wirtschaft zurzeit so sehr zusetzen. Meine Damen und Herren, ich schätze Herrn Aiwanger wirklich als humorvollen, bodenständigen Kollegen. Aber für mich ist er der falsche Mann zur falschen Zeit im falschen Land.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Das ist eine falsche Diskussion!)

Letzte Woche haben die Förderagentur BayStartUP und Bayerns IHK Alarm geschlagen. Unsere Start-ups leiden unter einem akuten Mangel an heimischem Wagniskapital. Sie geraten damit in die Abhängigkeit ausländischer Kapitalgeber, was dazu führt, dass Technologie, die hier in Bayern mit bayerischen Fördergeldern entwickelt wurde, ins Ausland abwandert.

Ich freue mich, dass der Ministerpräsident meine Idee eines bayerischen Start-up-Fonds in seine jüngste Regierungserklärung aufgenommen hat. Ich bin gespannt, was daraus wird. Aber wo bleibt die bayerische Bundesratsinitiative für ein Venturecapital-Gesetz, das die Rahmenbedingungen gerade auch für privates Wagniskapital in Deutschland verbessert? Das wäre ein sinnvolles Betätigungsfeld für die bayerische Wirtschaftspolitik.

Ein Weiteres wäre die Frage, wie wir die Regionen unterstützen, die besonders stark vom Strukturwandel in der Automobilindustrie betroffen sind. Unsere Idee heißt "Bavarian Valleys" – Sonderwirtschaftszonen mit besonders günstigen Bedingungen für die Hightech- und Digitalwirtschaft. Ein niederbayerisches Shenzhen, ein oberfränkisches Sophia Antipolis – das mag für manche arg visionär klingen; aber, meine Damen und Herren, genau das Visionäre war es, das früher einmal die bayerische Wirtschaftspolitik ausgezeichnet hat.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend ein paar Worte zur Bundespolitik: Bei der spielen die FREIEN WÄHLER keine Rolle und können deshalb auch nichts bewirken.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die FDP aber auch nicht!)

Aber zumindest die CSU gehört der amtierenden Bundesregierung Gerüchten zufolge noch an.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen ganz dringend Impulse für Wachstum. Ich beschränke mich aufgrund der Redezeit auf drei Punkte:

Erstens.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Hören Sie zu, es kann Ihnen nicht schaden.

Erstens. Steuerliche Entlastung: Senken wir die Unternehmensteuern auf den EU-Durchschnitt. Schaffen wir endlich den Soli ab!

(Alexander König (CSU): Dem stimmen wir zu!)

Das entlastet Personengesellschaften, also den kleinen Mittelstand. Sie, die CSU, haben dagegengestimmt, als wir es im Bundestag beantragt haben. Senken wir die Stromsteuer endlich auf das europäische Mindestmaß. Die steigenden Stromkosten in Bayern werden zunehmend zur Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber für die Industrie.

Zweitens. Impulse für mehr Investitionen: Der Staat muss seinen Investitionsstau auflösen, aber auch die Privatwirtschaft braucht Anreize zu investieren. Wir als FDP fordern deshalb eine auf zwei Jahre begrenzte degressive Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter. Wir fordern eine Sonderabschreibung für alle Wirtschaftsgüter, die der digitalen Transformation dienen.

Drittens. Wir müssen die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, endlich von Bürokratie und Überregulierung befreien. Das starre Arbeitszeitgesetz gehört flexibilisiert, Dokumentationspflichten gehören reduziert und Aufbewahrungsfristen verkürzt. Lassen wir den Unternehmen in Deutschland endlich wieder mehr Luft zum Atmen.

(Beifall bei der FDP)

Was wir angesichts des drohenden Abschwungs und der damit verbundenen zu erwartenden sinkenden Staatseinnahmen nicht brauchen können, sind weitere teure Wahlgeschenke. Da haben Sie zuletzt in Bayern ordentlich zugeschlagen; aber auch im Bund ist der Sozialetat in den letzten sechs Jahren von 145 auf über 180 Milliarden Euro gestiegen, meine Damen und Herren.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern?

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, ich komme zum Ende.

Wir haben gelesen, dass die Kanzlerin kurz davor ist, beim SPD-Thema Grundrente umzufallen. Das wird der nächste Lackmustest für die CSU.

Meine Damen und Herren, die Lage ist ernst. Schluss mit der Lethargie! Mehr Tempo für Wirtschaft, mehr Tempo für Wohlstand! Nur so gelingt es uns, die großen Herausforderungen zu bewältigen, die jetzt vor uns liegen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Alexander König für die CSU-Fraktion. Er hat zehn Minuten Redezeit.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! "Bayerns Wirtschaft im Abwärtssog – Wohlstand und Arbeitsplätze sichern" lautet der Titel der heutigen Aktuellen Stunde. Ein Abwärtssog ist etwas Dramatisches, etwas, was man nicht aufzuhalten vermag. In einem Sog zieht es etwas nach unten; ob man will oder nicht, man kann sich nicht dagegen wehren.

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob diese plakative Beschreibung der Lage unserer Wirtschaft in Bayern wirklich gerecht wird. Jedenfalls scheint es mir nicht hilfreich zu sein, die Sachlage dramatischer zu beschreiben, als es die objektiven Daten hergeben. Wir wissen, dass Stimmung und Erwartungen die tatsächliche Entwicklung zu beeinflussen vermögen.

Richtig ist, dass sich die Nachfrage in der Industrie, von einem sehr hohen Niveau kommend, weiter verschlechtert hat. Die Ursachen sind auch bekannt: einmal die internationalen Handelsauseinandersetzungen, die sich international abschwächende Industrieproduktion, aber auch strukturelle Probleme, wie bei uns im Fahrzeugbau. Dagegen sind die Sektoren Bau und Dienstleistungen in sehr guter Verfassung. Auch aus dem Handel werden sehr gute Geschäfte gemeldet. Meine Damen und Herren, insgesamt sind die Erwartungen der Unternehmen für die Zukunft schlechter als die aktuelle Lage.

Unstrittig ist gleichwohl, dass der Aufschwung zunächst beendet zu sein scheint und wir für eine absehbare Zeit eine wesentlich schwächere wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten haben. Tendenziell trifft die abschwächende konjunkturelle Entwicklung Bayern aufgrund seiner exportabhängigen Industrie natürlich besonders stark. Damit einher gehen natürlich auch Risiken, namentlich bei der Beschäftigung und namentlich auch in Regionen, die in besonderer Weise vom Fahrzeugbau geprägt sind.

Kolleginnen und Kollegen, gefragt ist in dieser Situation nicht Aktionismus, sondern gefragt sind nachhaltige wirkende Maßnahmen zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist in den letzten Jahren gesunken. Auf dem Feld der Digitalisierung hinken wir nach diversen internationalen Statistiken hinterher, und die zweifellos gegebene, große Herausforderung des Klimaschutzes birgt die Gefahr, dass die zu ergreifenden Maßnahmen zu wenig auf ihre wirtschaftlichen Wechselwirkungen hin untersucht werden.

Wir, die CSU, wissen, was zu tun ist, um diesen Wirtschaftsstandort für die Zukunft zu sichern. Aber, das ist leider auch wahr, uns fehlen namentlich auf Bundesebene die notwendigen Mehrheiten, um die aus unserer Sicht dort erforderlichen Maßnahmen zeitnah umzusetzen. Das ist vor allem eine gebotene Unternehmensteuerreform. Unsere Kapitalgesellschaften dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre Konkurrenten auf internationaler Ebene, auf der die Steuerbelastung, die Vorausschüttung, bei den maßgeblichen Ländern im Schnitt bei 25 % liegt, während sie bei uns deutlich über 30 % liegt. Dazu gehören auch der vollständige Wegfall des Solidaritätszuschlags genauso wie eine endlich gerechte Besteuerung unserer Personengesellschaften. Auch die im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen, völlig überhöhten Industriestrompreise gefährden Tausende von Arbeitsplätzen, insbesondere auch bei uns in Bayern. Es stimmt: Helfen kann hier tatsächlich nur eine Strompreissenkung.

Eine Selbstverständlichkeit für eine wettbewerbsfähige Industrie ist allerdings auch eine gesicherte Stromversorgung. Hier gilt es, die erforderlichen Maßnahmen ohne Wenn und Aber zeitnah umzusetzen und nicht immer wieder infrage zu stellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stromtrassen bauen!)

Letztlich ist ein nicht zu unterschätzendes Thema die Belastung unserer Wirtschaft durch immer mehr und detailliertere Vorschriften und der Vollzug derselben. Nur wenn es uns gelingt, die ausufernde Bürokratie zu bändigen, Dinge zu vereinfachen und nicht ständig weiter zu verkomplizieren, wenn es uns gelingt, wieder Handlungsspielräume zu öffnen, statt auch noch den letzten Einzelfall par Ordre du Mufti regeln zu wollen, nur dann wird es uns auch gelingen, die Wirtschaft von überbordenden Bürokratiekosten zu entlasten.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat gerade gestern eine moderne Forschungs- und Innovationspolitik als wirksame Industrie- und Regionalpolitik angemahnt.

Kolleginnen und Kollegen, das ist genau das, was wir in Bayern tun. Die Hightech Agenda unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder ist die logische Fortschreibung der Digitalisierungsoffensiven im Freistaat Bayern. Wir gehen voran. Wir investieren zwei Milliarden Euro, um das große Feld der künstlichen Intelligenz, welches die Leitindustrie in der Zukunft erkennbar prägen wird, in Bayern zu besetzen. 1.000 neue Lehrstühle, 10.000 zusätzliche Studienplätze und zusätzliche Spitzenforschungszentren sind für das Bundesland Bayern ein wichtiges Programm. Wir würden uns wünschen, dass sich auch andere Bundesländer entsprechend anschließen würden.

Markus Söder und die CSU gehen voran. Wir wollen jede Anstrengung unternehmen, um unseren hervorragenden Wirtschaftsstandort Bayern für die Zukunft bestmöglich zu sichern, Arbeitsplätze zu sichern und möglichst innovative neue Arbeitsplätze zu schaffen. Nur so wird es uns gelingen, den Wohlstand, den wir gewohnt sind, auf Dauer zu erhalten, und nur so wird es uns möglich sein, Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen der Zukunft, die sich uns stellen, auf Dauer tatsächlich zu finanzieren.

Ein sehr wichtiger Standortfaktor ist für die Wirtschaft die sprichwörtliche Verlässlichkeit und Stabilität, die unsere Bayerische Staatsregierung, getragen von den Koalitionsparteien CSU und FREIE WÄHLER, garantiert. In Bayern kann sich die Wirtschaft darauf verlassen, dass sie nicht nur gehört wird, sondern ihre berechtigten Anforderungen auch umgesetzt werden. In Bayern können sich die Wirtschaft und die Menschen darauf verlassen, dass Arbeit, Wohlstand und der Erhalt der Lebensgrundlagen im Mittelpunkt unserer Politik stehen.

In Bayern können sich die Menschen auch darauf verlassen, Kolleginnen und Kollegen, dass ein Paradigmenwechsel von einem marktwirtschaftlichen, Wohlstand gewährleistenden Wirtschaftssystem hin zu einem planwirtschaftlichen, Not und Armut produzierenden politischen Regime nicht stattfindet. Kolleginnen und Kollegen, wer glaubt, dass Letzteres in Deutschland nicht mehr möglich ist, muss nur nach Berlin schauen und sich die dortigen planwirtschaftlichen, sozialistischen, den Wohnungsbau verhindernden Vorschriften

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

zum sogenannten Mietendeckel ansehen. Kolleginnen und Kollegen, so verjagt man Investoren.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

So verhindert man Wohnungsbau. So ruiniert man einen Markt. So produziert man noch mehr wohnungssuchende Menschen. So verhindert man Modernisierung. So

verabschiedet man sich von der Marktwirtschaft, geht in die Planwirtschaft und damit erfahrungsgemäß in die organisierte Armut des Sozialismus.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

– Danke schön, auch für den Beifall von der FDP; ich weiß, dass wir uns da einig sind. – Das sollte drei Jahrzehnte nach dem Untergang eines Freiheit und Wohlstand verhindernden Systems des realen Sozialismus in Deutschland eigentlich nicht mehr möglich sein. SPD, Linke und GRÜNE beweisen in Berlin aber genau das Gegenteil.

Dagegen setzen wir in Bayern auf die Marktwirtschaft, auf private Investitionen, auf neue Innovationen,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

auf bestmögliche Bildung und bestmögliche Forschungsanstrengungen und vor allem auf Wettbewerb, aber auch auf sozialen Ausgleich, Kolleginnen und Kollegen.

Die sich abschwächende Konjunktur erfordert sowohl auf Bundesebene als auch bei uns in Bayern ein besonnenes und zielgerichtetes Handeln und vor allem ein wirtschaftsfreundliches Investitionsklima. Dafür steht die CSU. Dafür steht die Koalition. Dafür steht diese Staatsregierung. Dafür werben wir auch weit über Bayern hinaus.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weder Schönfärberei noch Hysterie bringen die bayerische Wirtschaft weiter. Man kann eine Rezession auch herbeireden, das sollte man aber nicht tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahlen geben das, ehrlich gesagt, auch gar nicht her. Eine Rezession tritt ein, wenn zwei Quartale hintereinander ein negatives Wachstum herrscht.

(Zuruf von der AfD)

Das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch der Rat der Wirtschaftsweisen. Dieser spricht trotz anhaltender Konjunkturschwäche – ich zitiere – nicht von einer "breiten und tiefgehenden Rezession."

Wir müssen uns vielmehr den Wirtschaftsstandort in Bayern und seine Vielfalt ansehen und dann passgenaue Maßnahmen ergreifen. Wir haben Start-ups. Wir haben KMUs. Wir haben DAX-Unternehmen. Wir haben Branchen, die boomen, wie den Handel und den Bau, und wir haben Branchen, die Herausforderungen haben, wie die Automobilindustrie und die Zulieferer. Dann sind wir natürlich noch eine stark exportorientierte Wirtschaft und deswegen auch von weltweiten Störfaktoren wie Brexit und Handelskriegen mit den USA und China betroffen.

Für uns GRÜNE heißt das, wir müssen die Industrie- und Wirtschaftspolitik für die Zukunft fit machen. Das bedeutet für uns: Wir brauchen Nachhaltigkeit. Wir brauchen Digitalisierung. Wir brauchen Effizienz. Wir brauchen eine ressourcenarme Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn eine Sache ist klar: Wer energie- und ressourceneffizient wirtschaftet, liegt auch im Wettbewerb vorne. Deswegen brauchen wir kluge Ideen für Innovationen und Rahmenbedingungen für eine ökologische und für eine digitale Modernisierung.

Da beginne ich gleich mit dem Zentralen, was wir benötigen. Wir benötigen einen CO₂-Preis, der seinen Namen verdient und der sozial gerecht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Einstiegspreis der GroKo für CO₂ ist zu niedrig. Das ist nicht nur die Meinung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von Fridays for Future, sondern auch der Rat der Wirtschaftsweisen hat das so formuliert. Die Top-Ökonomen und viele Unternehmerinnen und Unternehmer tragen einen höheren CO₂-Preis mit. Man sieht also: Die Wirtschaft ist in diesem Bereich schon viel weiter als die Große Koalition.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Hinsichtlich der Automobilindustrie ist für uns GRÜNE klar, dass wir hier technologieoffen sein und bleiben müssen. Wir GRÜNE möchten, dass das Auto der Zukunft in Deutschland und in Bayern produziert wird. Uns ist egal, ob das jetzt ein E-Auto oder ein Wasserstoff-Auto ist, Hauptsache es ist emissionsarm und sauber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Sache ist aber auch klar: Für Innovationen ist die Wirtschaft zuständig. Wir als Politiker sind dafür zuständig, die Rahmenbedingungen für all die Themen richtig zu setzen, wofür die die Wirtschaft nicht direkt zuständig ist. Ich fasse also zusammen, dass ein starker Staat auch einer starken Wirtschaft nutzt.

Wenn ich mit Unternehmerinnen und Unternehmer rede, kommen meistens drei große Themen, die sie unglaublich beschäftigen. Das eine Thema ist Folgendes: Während in anderen Ländern schon über den 5G-Ausbau diskutiert wird, fahren wir in Bayern immer noch von Funkloch zu Funkloch und haben immer noch keinen Glasfaseranschluss in jedes Haus. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist peinlich und einer Industrienation eigentlich nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir schon über Infrastruktur reden, müssen wir natürlich auch über die Energieversorgung reden. Wir GRÜNE möchten, dass die Energieversorgung bezahlbar, sicher und erneuerbar ist. Deswegen braucht es die Stromleitung vom Norden in den Süden und den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern. Dafür muss das Windkraftverhinderungsgesetz 10 H endlich weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man dann mit den Unternehmerinnen und Unternehmern weiter redet – egal, ob das jemand von einem Start-up, vom Mittelstand oder von einem DAX-Konzern ist –, kommt immer ganz schnell: Wir haben einen Fachkräftemangel. Auch da kann die Politik etwas tun: Investitionen in die Bildung – vom Kindergarten über die Schule, die Ausbildung bis hin zum lebenslangen Lernen. Und sie kann natürlich dafür sorgen, dass diejenigen, die hier lernen können, die eine Ausbildung machen können, diese Ausbildung auch antreten können. Es ist peinlich, dass es im

Jahre 2019 in Bayern weiterhin Unternehmen gibt, die einen Geflüchteten nicht einstellen können, weil er immer noch keine Arbeitserlaubnis hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir den Fachkräftemangel angehen wollen, bedarf es klar einer weiteren Sache: Frauen nach vorne. Sprengen wir also endlich die gläserne Decke. Lösen wir uns von den Rollenklischees und Stereotypen von typischen Frauen- und Männerberufen, und stärken wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hilft nicht nur den Frauen und der Wirtschaft, sondern das hilft auch den Männern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann also zusammenfassen: Wir haben bei uns in Bayern, in Deutschland, kein Erkenntnisproblem, wie wir die Wirtschaft stärken können, sondern wir haben in vielen Feldern ein Umsetzungsproblem. Da sollten wir ran. Das müssen wir anpacken, damit die bayerische Wirtschaft auch in Zukunft floriert und Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Manfred Eibl.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Hagen, vielleicht zur Einleitung: Sie haben vom falschen Mann am falschen Ort gesprochen. – Bitte fassen Sie sich einmal an die eigene Nase. Hinterfragen Sie Ihr eigenes Tun und Handeln, und überlegen Sie, ob Sie der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort und am richtigen Platz sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Handelskonflikte zwischen den USA und China, der Brexit, der rückläufige Weltmarkt und die strukturellen Probleme im Fahrzeugbau sind die Faktoren, die der bayerischen Wirtschaft zweifelsohne sehr zu schaffen machen. Die Staatsregierung und unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger setzen diesbezüglich alles daran, mit einer zukunftsfähigen Innovationspolitik, die technologieoffen, aber vor allem lösungsorientiert handelt, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht nur zu erhalten, sondern stetig zu verbessern. Bayerns Wirtschaft ist gut aufgestellt. In allen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistiken belegen wir absolute Spitzenplätze. Wir sind an der Spitze der Bundesländer beim Bruttoinlandsprodukt, und dies sehr deutlich, meine Damen und Herren. Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 2,7 %. Wir sprechen von Vollbeschäftigung.

Erst am gestrigen Tag hat der Sachverständigenrat sein Jahresgutachten vorgelegt. Die Sachverständigen sehen den Aufschwung zwar als beendet an, gehen aber nicht von einer breiten und tiefgreifenden Rezession aus. Sie sagen aber auch, und das sehr deutlich: Protektionismus ist der falsche Weg. Staatsregierung und Wirtschaftsminister haben auch nicht gewartet, bis hier Erkenntnisse oder Gutachten vorliegen, sondern haben bereits umfassend gehandelt und damit auch reagiert. In vier zentralen Handlungsfeldern wurden innovative Maßnahmen einer bayerischen Industriestrategie entwickelt: Die Digitalisierung stärken, neue Industrien entwickeln, die Produktion in Bayern erhalten und nach Möglichkeit auch wieder zurückholen und bezahlbare Energie sichern und gewährleisten.

Bayern gehört zu den wirtschaftlich stärksten und vielfältigsten Regionen Europas und genießt als Hochtechnologiestandort weltweit einen hervorragenden Ruf, meine Damen und Herren.

Im Bereich der Energieversorgung werden die Optimierung und der bedarfsgerechte Ausbau im Bereich der Netze zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit gefördert. Innovationsanreize werden zur Verstärkung oder Inbetriebnahme neuer Gaskraftwerke gegeben. Wir haben eine Verlängerung der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, die Unterstützung für innovative Start-ups im Bereich Digitalisierung, eine Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie einhundert neue Lehrstühle im Bereich der künstlichen Intelligenz. Das sind Maßnahmen, Herr Hagen, die greifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Weiter kann man die ganz große Hightech-Strategie anführen, hinterlegt mit zwei Milliarden Euro, die genau in diesen Bereichen Einfluss nehmen und auch große Wirkungen zeigen werden. Deutschland liegt hier im Verhältnis bis 2025 bei drei Milliarden Euro; ich sage das nur, damit man einmal weiß, wo Bayern liegt. Auch das aktuelle Herbstgutachten des Bayerischen Industrie- und Handelskammerverbands bestätigt, dass von einer Rezession keine Rede sein kann. Ich bitte, eine solche auch nicht herbeizureden, weil es falsch ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

46 % der aktuell gefragten Unternehmen bewerten nämlich ihre Lage nach wie vor als gut. Da kann ich nicht in dieser Art und Weise sprechen, wie Sie argumentieren.

(Martin Hagen (FDP): Schlechteste Lage seit neun Jahren!)

– Sie müssen die Lage bitte deutschland- und europaweit ins Verhältnis setzen. Das müssen Sie einmal anführen, anstatt immer Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Erzählen Sie es den Leuten, die jetzt auf der Straße stehen!)

Ihre Partei, Herr Hagen, hat es vor Jahren in der Hand gehabt, genau in diesem Haus Wirtschaftspolitik zukunftsfähig zu gestalten. Was war die Konsequenz? – Sie wurden von den Bürgerinnen und Bürgern abgestraft und haben nun die Konsequenzen zu tragen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Uli Henkel für die Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Bayern ist die Vorstufe zum Paradies, so der bekannte Ausspruch des ehemaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Tatsächlich geht es unserem Freistaat unterm Strich noch gut. Landschaft und Natur sind ein Traum, die Sicherheit ist trotz manch beunruhigender Entwicklung hoch; ich verweise an dieser Stelle insbesondere auf das Erstarren des Islamismus sowie des linken und rechten Extremismus. Und ja, auch die wirtschaftliche Lage kann sich trotz einiger Mängel vor allem bezüglich der infrastrukturellen Entwicklung in der Fläche insgesamt sehen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

So wurde noch im April 2019 mit einer – seien wir doch ehrlich – leicht geschönten Über die Frage, welcher Anteil an dieser positiven Lage nun dem Wirken der Staatsregierung zuzurechnen ist, ob Bayern also dank ihr oder trotz ihr in der Vergangenheit so prosperierte, mag man trefflich streiten. Doch dies soll nicht das Thema der heutigen Aktuellen Stunde sein.

Die Kollegen von der FDP tun also sehr gut daran, den Blick nach vorne richten, denn am weißblauen Himmel Bayerns ziehen schwarze Wolken auf.

(Zuruf von der SPD: Braune!)

Wie die Bundesbank bereits im August warnte, müssen wir uns wohl oder übel auf einen anhaltenden Wirtschaftsabschwung einstellen. Da ist die Abkühlung der Weltwirtschaft, da sind die Gefahren eines möglicherweise eskalierenden Handelskonflikts zwischen den USA und China sowie die Unwägbarkeiten des Brexit: Deutschland beginnt die Auswirkungen leider bereits jetzt zu spüren. 35.000 Angestellte bei Daimler, Ford, Audi, BMW und Volkswagen müssen fürchten, ihren Job zu verlieren, von den Zulieferern mal ganz abgesehen. Die Deutsche Bank will laut Information von Bloomberg 18.000 Arbeitsplätze streichen.

Aktuell rechnet die Bundesregierung deshalb im kommenden Jahr nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von 1 %, und es könnte durchaus sogar ein wenig weniger werden. Also auch die bayerische Wirtschaft wird sich diesem Sog nicht entziehen können, ganz im Gegenteil. Jüngste Erhebungen des Ifo-Instituts deuten gar auf einen richtigen Sturm im doch so exportorientierten Bayern hin.

Verzeichnete der Geschäftsklimaindex für Bayern vor einem Jahr noch satte 21,8 Punkte so ist er im September schon auf minus 4,8 Punkte gefallen, und die Erwartungen innerhalb der Industrie sind mit minus 20,6 Punkte für Bayern sogar schlechter als im gesamten Bundesdurchschnitt.

Diese Daten lassen sich übrigens nicht leichtfertig mit "German Angst" abtun, denn die Krise ist längst da, auch in Bayern, auch wenn sie glücklicherweise noch nicht so viele Bürger am eigenen Leib spüren müssen. So gingen die Ausfuhren der gesamten bayerischen Wirtschaft nach China, unserem zweitwichtigsten Exportmarkt, um 3,5 % zurück. Auch bezogen auf den Gesamtexport ist schon ein Minus von 1,4 % zu verzeichnen.

Nun liegt es mir gänzlich fern, allein die Staatsregierung für diesen dramatischen Abschwung verantwortlich machen zu wollen. Die Gründe hierfür sind – wie beschrieben – mannigfaltig. Aber wir von der AfD erwarten schon, dass die Staatsregierung nun proaktiv die richtigen Entscheidungen trifft und zunächst einmal ihren völlig überflüssigen Ausflug in das Lager der Klimahysteriker beendet. Hören Sie einfach auf, es den Schulzes und Hartmanns gleichtun zu wollen. Der Greta-Hype ebbt doch schon langsam wieder ab, und selbst der Erfolgsrausch der GRÜNEN weicht nach den letzten Wahlen im Osten dem unvermeidlichen Kater danach.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen aus dem bürgerlichen Lager, machen Sie doch bitte wieder eine Politik der marktwirtschaftlichen Vernunft und stellen Sie sich hier im Landtag, aber eben auch im Bundesrat den Anschlägen der GRÜNEN Klima-Zeloten entgegen, die das Fundament unseres Wohlstands, namentlich des produzierenden Gewerbes, schwächen. Statt die Leistungsträger unserer Gesellschaft durch immer neue Vorschriften zu gängeln, lassen Sie uns lieber der konjunkturellen Flaute rechtzeitig mit einem breiten Maßnahmenkatalog entgentreten, zum Beispiel in

Form einer intensivierten Startup-Förderung. Sorgen wir für einen schnelleren und effizienteren Breitbandausbau und die Erneuerung maroder Verkehrsnetze. Reißen Sie bürokratische Mauern ein, treten Sie mit uns zusammen endlich der Brüsseler Regulierungswut entgegen, und vor allem helfen Sie mit, wieder mehr Bürger für das freie Unternehmertum zu begeistern.

Geschätzte Kollegen, ich komme zum Schluss. Ja, Bayern geht es gut, und vielleicht ist Bayern wirklich die Vorstufe zum Paradies. Aber damit das auch so bleibt, bedarf es jetzt eines entschiedenen Handelns. Lassen wir das Kind "Bayerische Wirtschaft" doch gar nicht erst in den Brunnen fallen, aus dem wir es dann wieder herausziehen müssen. Vor allem, Kollegen auf der linken Seite des Saals, schubsen Sie es doch bitte wenigstens nicht absichtlich dort hinein. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht Frau Annette Karl nächste Rednerin.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben es bereits gehört: Die Konjunkturaussichten trüben sich ein, wir erleben weltweit einen Abschwung. In Deutschland schwächelt vor allem das produzierende Gewerbe. Durch eine starke Inlandsnachfrage ist die Lage allerdings stabil, und wir sind weit entfernt von einer Rezession.

In Deutschland laufen zwei Entwicklungen nebeneinanderher und verstärken sich leider gegenseitig: Das ist zum einen der Abschwung, der nach einem langen Aufschwung auch zu erwarten war. Die Märkte sind gesättigt, die Löhne gestiegen und der Facharbeitermangel schlägt zu. Zum anderen haben wir aber auch einen massiven Strukturwandel in unserer Leitindustrie, der Automobilindustrie; und die Probleme dort sind durch starke Fehlentscheidungen der Verantwortlichen auch noch verstärkt worden.

Was kann nun der Staat tun, was kann der Freistaat tun? – Zunächst einmal ist anzumerken: Wir leben in einer Marktwirtschaft, das heißt, die Devise, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, kann nicht unsere Marschroute sein. Der Staat hat ein Interesse daran, dass Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze behalten bzw. adäquate neue finden und ihren Lebensstandard halten können. Dies hat nicht nur sozialpolitische Aspekte, sondern der Staat spart sich dadurch möglicherweise auch massive Transferleistungen.

Was also kann der Staat tun, um die Rahmenbedingungen zu verbessern? – Im Bereich der Unternehmen geht es zunächst einmal immer um das Thema Unternehmensteuern. Man muss wissen: Deutschland hatte mit seinen gut 30 % Unternehmensteuern bis vor Kurzem noch die zweitniedrigste Unternehmensteuern weltweit. Ohne dass Deutschland etwas verändert hat, stehen wir jetzt an zweithöchster Stelle. Woran liegt das? – Alle Staaten, angeführt von den USA, sind in einen Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Unternehmensteuern getreten. Nun kann man natürlich sagen: Ja, wir gehen auch ganz weit herunter, und dann ist alles wieder gut. Ich denke, dies wäre viel zu einfach, denn was würde das bedeuten? – Es würde nur die nächste Runde eines Unterbietungswettbewerbs einläuten, und irgendwann hat der Staat nicht mehr das Geld, die nötige Infrastruktur, die auch Unternehmen brauchen, zur Verfügung zu stellen, weil das Geld fehlt.

(Alexander König (CSU): Wir wollen keinen Unterbietungswettbewerb, nur gleiche Voraussetzungen!)

Deshalb geht es um eine vernünftige Unternehmensteuerreform, aber nicht um kurzfristige, banale Lösungen. Schauen wir uns Großbritannien an: Dort liegen die Unternehmensteuern bei zwanzig Prozent. Wäre dies das Allheilmittel, würde es dort nicht so schlecht gehen. Auch in den USA hat die Steuersenkung nur dazu geführt, dass das Defizit im Staatshaushalt Höhen erreicht hat, die nicht mehr zu handeln sind.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zum Thema Energie. Hier sind die hohen Preise und die mangelnde Versorgungssicherheit entscheidende Punkte, bei denen wir handeln müssen. Ich denke, dass in Bayern auch noch deutlich Luft nach oben ist. Ich sage klipp und klar: Die erratische Politik unseres Wirtschaftsministers muss dringend zu einem Ende kommen.

(Beifall bei der SPD)

In Berlin, im Bundesrat, ist er für Stromtrassen, in Bayern eher dagegen. Mal sind Gaskraftwerke die Lösung aller Probleme, mal BHKWs auf jedem Bauernhof, mal Stromimporte aus Frankreich und dem Osten, also Kohle und Atom, wie letzthin im Wirtschaftsausschuss von ihm vorgeschlagen – all das ist das Gegenteil von Planungssicherheit. Wir brauchen schnellstmöglich ein neues Energiekonzept, in dem klargestellt wird: Was sind die Bedarfe, auch für die Industrie und die Bürger, und wie setzen wir dies zu verträglichen Preisen und aus sicheren Quellen um? – Das ist das Gegenteil von Populismus, das ist aktives politisches Handeln.

(Beifall bei der SPD)

In der Innovationspolitik hat Bayern einen guten Aufschlag gemacht. Hierbei müssen die anderen Bundesländer nachziehen, und dabei darf im Bund auch die Schwarze Null nicht sakrosankt sein, wenn es um Zukunftsinvestitionen geht. Digitalisierung muss vorangetrieben werden; hierbei ist noch viel zu tun im Bereich der Infrastruktur, aber auch im Bereich von Anwendungs- und Expertenwissen.

Kommen wir nun noch kurz zu den Arbeitnehmern: Wie mache ich Arbeitnehmer fit für den Strukturwandel? Hierzu hat der Bundeswirtschaftsminister schon 2009 gezeigt, dass bei der SPD die Wirtschaft und die Arbeitnehmer in guten Händen sind. Hubertus Heil ist nicht nur wie der bayerische Wirtschaftsminister dabei, den Instrumentenkasten zu füllen, sondern er hat ihn bereits gefüllt: mit einem Perspektivfördergeld, mit Verbesserungen beim Transferarbeitslosengeld und vielen anderen Punkten mehr. Ich denke, wir handeln gemeinsam, und wir werden auch diese Krise, die noch gar keine ist, sondern nur droht, meistern.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute über die Wirtschaft sprechen. Noch besser ist es, wenn wir – wie die Staatsregierung – etwas für die Wirtschaft tun.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von der FDP, Sie haben das Thema Bürokratie angesprochen. Da möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie in diesem Haus auch einmal einen Wirtschaftsminister gestellt haben, den Herrn Zeil. Zu dieser Zeit war ich noch Bürgermeister einer Stadt, und es gab das erste Breitbandförderungsprogramm. Ich sage Ihnen: Das war ein Monster an Bürokratie, das nicht zu überbieten war.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
Das hätte der Markt regeln sollen, hat er gesagt!)

Also, erst einmal in den eigenen Reihen schauen, und dann erst mit Steinen werfen, meine Damen und Herren. Ich habe heute auch gelernt, Frau Schulze – der Ansatz war wirklich gut –, dass wir keine Rezession haben. Es ist wichtig, dass wir uns in diesem Hohen Hause darüber einig sind und dies auch so miteinander nach außen tragen. Ich habe auch gelernt, dass Sie bei den Themen der Zukunft technologieoffen sind; das war mir bis jetzt neu. Ich hoffe, dass Sie auch in Zukunft für den Industriestrompreis sind. Daran hängen einige Themen, die wir möglicherweise brauchen, um die Wirtschaft wieder zu beleben und nach vorn zu bringen. Das wollen wir. Wir wollen keine einseitige Ökologie, sondern eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Das brauchen wir: eine Verbindung zwischen beiden Elementen, aber keine Radikalität auf der einen Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir wissen, dass wir vor Herausforderungen stehen, was das Klima betrifft. Ihnen müssen wir uns stellen, und das werden wir auch tun. Wir wissen, dass es Herausforderungen im Bereich Flächenverbrauch gibt. Auch dort werden wir handeln und gestalten – nicht mit Verboten, sondern mit sinnvollen Maßnahmen. Das ist unser Ziel. Aber wir wissen auch, dass wir Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen müssen, die sie zukunftsfähig machen.

Wenn wir von Wirtschaft sprechen, dann sprechen wir vom Mittelstand, meine Damen und Herren. Wir sprechen auch von familiengeführten Unternehmen; das dürfen wir nie vergessen, und das habe ich in dieser Debatte noch nicht so vernommen. Der Mittelstand trägt unseren Freistaat. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmer, die das Unternehmen in den Familien von Generation zu Generation weiterreichen, brauchen unsere Unterstützung, und dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Ja, genau!)

Deshalb ist es immens wichtig, dass wir die Hightech-Offensive auf den Weg gebracht haben. Der Ministerpräsident setzt damit ein Zeichen weit über den Freistaat hinaus. Deutschland wird es in dieser Dimension nicht schaffen, die einzelnen Bundesländer werden es ebenfalls nicht schaffen. Wir schaffen Rahmenbedingungen für die Zukunft: Wir wollen Innovation ankurbeln, dem Mittelstand mit einem großen Programm – 400 Millionen Euro in drei starken Fonds – etwas an die Hand geben, damit er sich weiterentwickeln kann. Mit dem Digitalfonds in Höhe von 230 Millionen Euro wird Unternehmern die Chance gegeben, dass sie auch weiterhin in die Digitalisierung investieren. Mit dem Start-up-Fonds in Höhe von 50 Millionen Euro unterstützen wir die zweite Finanzierungsphase, und auch der Automobilfonds mit 120 Millionen Euro ist immens wichtig.

Wir befinden uns in einem Transformationsprozess, und ich bin Thomas Kreuzer sehr dankbar, der gestern in Roding war, dass er sich dort noch einmal eindeutig zum Thema Transformation positioniert hat. Natürlich wollen wir den Arbeitnehmern helfen, und natürlich wollen wir diese Prozesse mitsteuern, und wir brauchen die Unterstützung. Wir wollen aber auch Automobilland bleiben, und ein Teil der Wahrheit ist, dass wir diese Industrie in den letzten Monaten und Jahren immer schlechter geredet und in die Tonne getreten haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Dies gehört ebenfalls dazu. Kein anderes Land hat es so gemacht wie wir, hat gegen seine Leitindustrie Flagge gezeigt und Front gemacht, wie wir es getan haben. Man muss dabei etwas vorsichtiger umgehen. Dies bedeutet ja nicht, dass wir nicht etwas tun müssten. Das entbindet ja uns nicht von den Handlungsstrukturen. Aber wir müssen aufpassen: Wirtschaft hat auch etwas mit Psychologie zu tun, deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur einseitig Rezessionen, Abschwünge oder einen Abwärtssog verbreiten, sondern dass wir feststellen: Bayern ist ein Stabilitätsfaktor in Deutschland und in Europa. Ich bin dankbar, dass der Wirtschaftsminister in China ist, dass er in Russland ist und dass er uns im Ausschuss seine Industriestrategie vorgestellt hat; denn dieses Thema ist für uns wichtig. Das wichtigste Thema wird die Energie sein. Sie muss bezahlbar, sicher und natürlich auch klimafreundlich sein. Das sind die Herausforderungen. Wir brauchen einen Industriestrompreis, sonst werden die Unternehmer nicht wettbewerbsfähig sein. In Österreich und Tschechien sind unsere Wettbewerber. Deswegen müssen wir den Unternehmern sagen: Bleibt hier! Wir tun alles, damit die Energie bezahlbar bleibt, dass sie sicher und klimafreundlich ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Unternehmer und der Mittelstand können sich auf uns verlassen. Wir wollen, dass die Wirtschaft weiter floriert; denn ohne Wirtschaft können wir uns keinen Sozialstaat leisten. Das müssen wir immer bedenken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Kollegin Eva Lettenbauer.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Monaten eingetrübt, und sie wird sich aller Voraussicht nach vorerst nicht zum Besseren wenden. Aber wir sollten hier ganz klar und deutlich sagen: Wir befinden uns nicht in einer Rezession. Wir haben keine Krise, weder in der Wirtschaft noch auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen keine Schwarzmalerei, sondern ein realistisches Bild der Lage. Ja, einige sehr wichtige Sektoren der bayerischen Wirtschaft haben derzeit Probleme. Sprechen wir doch über das Meistern der Herausforderungen statt über die Mär eines Sturzes in den Abgrund. Dass sich der Arbeitsmarkt als relativ robust erweist, bestätigen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit von Ende Oktober. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Bayern wächst weiter: Nach der aktuellen Hochrechnung waren im August etwa 5,69 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind etwa 91.000 Menschen oder 1,6 % mehr als im Vorjahr.

Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr sind in Bayern knapp 4.720 mehr Menschen arbeitslos gemeldet. Hier handelt es sich aber um SGB-III-Arbeitslose, deren Zahl signifikant zugenommen hat, und zwar um knapp 10.000 Personen. Das ist eine Folge der konjunkturellen Eintrübung, aber nicht mit der Krise von 2008 gleichzusetzen. Wir haben nämlich auch einen Rückgang bei denjenigen, die Grundsicherung beziehen, und zwar um knapp 5.300 Personen. Die Lage ist also sehr gemischt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was können wir nun für die bayerische Wirtschaft und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun? – Momentan schwirren sehr viele Ideen durch den Raum. Ich bin mir sicher, dass die Senkung der Unternehmenssteuern der falsche Weg ist. Das Beispiel der USA hat doch gezeigt, dass es hier oft Mitnahmeeffekte gibt und nicht allzu viel in die Unternehmen zurückinvestiert wird. Auch die alleinige Ausweitung des Kurzarbeitergeldes in seiner jetzigen Form ist langfristig nicht zielführend. Wir können Wirtschaftspolitik nicht nur zulasten der Steuerzahler und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreiben.

Wir GRÜNEN sind der Meinung, dass wir für Unternehmen wirksame Anreize brauchen. Dazu gehören Investitionen in die eigene Belegschaft. Wir müssen die derzeitige konjunkturelle Delle als Chance sehen, um die strukturellen Probleme in manchen Industriezweigen anzugehen. Ja, einige Unternehmen haben den Wandel schlicht verschlafen. Deshalb brauchen wir jetzt spezifische Programme, um gemeinsam in die Zukunft zu sehen. Das hilft sowohl den Unternehmen, insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, als auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE setzen uns deshalb für die Einführung eines Qualifizierungskurzarbeitergeldes ein. Unternehmen sollen Unterstützung für die Weiterqualifizierung ihrer Belegschaft erhalten. Wenn wir auf die Qualifizierung der Menschen setzen, dann können sie nach betrieblichen Transformationsprozessen weiter im Betrieb beschäftigt bleiben, und die Unternehmen entwickeln sich zukunftsorientiert. Dabei möchten wir natürlich die verschiedenen Betriebsparteien einbinden; denn diese wissen am besten, was an Weiterbildung in Unternehmen benötigt wird. Dieses Instrument wäre ein sehr wichtiger Baustein, um für die Unternehmen in Bayern langfristigen Erfolg zu gewährleisten und damit gleichzeitig Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Wir brauchen also mehr Investitionen der öffentlichen Hand und der Unternehmen. In dieser Zeit ist keine Investition besser als die in die eigene Belegschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird umso wichtiger, je mehr der demografische und der digitale Wandel durchschlagen.

Erstens. Wir brauchen gut qualifizierte Arbeitskräfte. Dafür benötigen wir die gerade ausgeführten Weiterbildungsmöglichkeiten und einen Bildungsurlaub hier in Bayern.

Zweitens. Wir müssen aber endlich auch qualifizierten Frauen die Chance geben, ihr Potenzial auf dem Arbeitsmarkt zu entfalten. Wir haben hier ein riesiges, verstecktes Potenzial, das wir unbedingt nutzen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens müssen wir auch auf die ausländischen Fachkräfte setzen. Sie helfen uns, in bestimmten Sektoren den Fachkräftemangel anzugehen und neue Ressourcen für die Unternehmen zu erschließen. Lassen Sie uns also die wirtschaftliche Stärke Bayerns gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und besonders mit den kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort erhalten. Das gelingt uns mit dem Fokus auf Weiterbildung und Innovation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Dr. Fabian Mehring für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, insbesondere diejenigen von der FDP! Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Martin, mit Blick auf Deine Äußerungen in den Medien der letzten Tage, den Titel der heutigen Aktuellen Stunde und auf Deinen heutigen Wortbeitrag komme ich trotz der persönlichen Wertschätzung, die uns beide verbindet, nicht umhin, zu testen, dass sich die FDP in diesen Tagen sowohl im Stil als auch im Inhalt in ihrer Rolle als die selbsternannte Wirtschaftspartei in Bayern nachdrücklich disqualifiziert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Martin, zunächst zum Stil dieses Aiwanger-Bashings, das in den letzten Tagen aufgesetzt worden ist. Wenn mit dem bayerischen Wirtschaftsminister ein argumentativer Austausch stattfinden soll, dann sind wir und ist der bayerische Wirtschaftsminister dafür offen. Dann gehört es aber auch dazu, dass dieser Austausch Face-to-Face erfolgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Thema, das wir heute auf Vorschlag der FDP-Fraktion diskutieren, war letzte Woche genauso aktuell, wie es das nächste Woche sein wird. Abzuwarten, bis der bayerische Wirtschaftsminister in unser aller Namen in China ist, um dann hier in München die Backen aufzublasen und den Zwergenaufstand zu proben, ist schäbig und schlechter politischer Stil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): Euer Chef ist da nicht so! Er kann austeilen, aber nicht einstecken!)

Aber keine Sorge, lieber Martin, wir brauchen den Wirtschaftsminister gar nicht, um das, was hier dargeboten wurde, zu kontern. Da genügt schon der Parlamentarische Geschäftsführer. Ich bleibe beim Stil: In der "Augsburger Allgemeinen" war heute zu lesen, dass eine Fehlbesetzung an der Spitze des Wirtschaftsministeriums Teil von Bayerns Staatsregierung sei. Heute ist es schon in vielen Wortbeiträgen angeklungen: Wenn es jemals in dieser Position eine Fehlbesetzung gab, dann kam die ganz sicher nicht aus unserer, sondern aus Deiner Partei, lieber Martin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): Bayern war 2013 so stark wie nie!)

Herr Kollege Holetschek hat schon bewertet, wie die Dinge damals lagen. Wir alle wissen, wie die Wählerinnen und Wähler die damalige Arbeit bewertet haben, als die FDP Spitzenverantwortung für Bayerns Wirtschaft hatte. Ich will das mit einem weiteren Gewährsmann garnieren, den ich mit einem Satz aus dem Jahr 2013 zitiere: Wenn die bayerischen Unternehmen so träge und planlos wären wie der Wirtschaftsminister, hätten wir richtige Probleme. Er hat den Auftrag der Zukunftsplanung für Bayern schlicht nicht verstanden. – Das stammt nicht von den FREIEN WÄHLERN, sondern von Herrn Kollegen Muthmann, der sich freuen wird, das zu hören. Ich kann sagen: An der Seite der CSU sind auch wir froh, dass nicht mehr die FDP, sondern die FREIEN WÄHLER den Wirtschaftsminister stellen, Herr Kollege Hagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich komme zum Inhalt: Lieber Martin, im "Münchner Merkur" war zu lesen, Du hältst den Wirtschaftsminister für eine Gefahr für Bayerns Wohlstand. Das Einzige, was die FDP dann anzubieten hatte, waren zwei Vorschläge: Wir privatisieren den Münchner Flughafen, und wir privatisieren die Bayerische Landesbank, das Rückgrat unserer Kommunen und unserer bayerischen Sparkassen. Wenn das der Beitrag der FDP zu bayerischer Wirtschaftspolitik ist, dann ist die FDP die Gefahr für den Wohlstand in Bayern und nicht die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kollege Hagen, lieber Martin, am meisten aber ärgert mich das Wording "Abwärts-sog" in der Überschrift.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP) – Gegenrufe der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) und Alexander König (CSU))

Ich halte es für unverantwortlich, in einem Land, das bei der Arbeitslosenquote und beim Wachstumsfaktor in Deutschland und in Europa führend ist und das auch für das nächste Jahr eine positive Konjunkturprognose aufweist, als verantwortlicher Politiker, als Vorsitzender einer Landtagsfraktion, von einem "Abwärts-sog" zu sprechen. Das ist wirtschaftspolitische Brandstiftung aus parteipolitischen Motiven, auf dem Rücken unseres Standortes, auf dem Rücken der bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Das akzeptieren wir nicht, Kollege Hagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Was dahintersteht, Kollege Hagen, ist klar: Sie versuchen, eine gewisse Klientel – es sind nur knapp 5, oft auch nur 4,9 % – zu bedienen, der Sie glauben machen wollen, ein Wirtschaftsminister im Trachtenjanker wäre von Haus aus inkompetent und ein Minister in einem Maßanzug wäre von Haus aus ein guter Wirtschaftsminister. Das ist aber nicht der Fall. Sie laufen Gefahr, mit Wordings wie "Abwärts-sog" eine Rezession herbeizureden. Sie sagen das nicht als JuLi in der Garage eines Start-ups, sondern Sie sagen das als Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag. Das wirkt sich auf die Bereitschaft der Unternehmen aus, in den Standort Bayern zu investieren; das wirkt sich auf die Innovationsbereitschaft unserer Unternehmen aus. Das ist damit untragbar und deshalb zurückzuweisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): Machen Sie das mit der bayerischen IHK aus!)

Kollege Hagen, Sie hätten die Dinge, die tatsächlich die bayerische Wirtschaft bedrohen – den Handelskrieg zwischen China und den USA, den Brexit –, mit beeinflussen können, wenn Sie den Wirtschaftsminister in Berlin gestellt hätten. Sie sind in Berlin davongelaufen und proben in Bayern den Zwergenaufstand. Das kann jeder bewerten, der uns heute zuhört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir jedenfalls – so kann man es zusammenfassen – haben unsere Hausaufgaben gemacht. Hubert Aiwanger hat die Hausaufgaben gemacht. Vieles ist angeklungen: Wasserstoff-Offensive, Carbon-Offensive, Hightech-Offensive. All dies spricht dafür, dass wir erkannt haben, was Bayerns Wirtschaft braucht. Mir ist ein Wirtschaftsminister – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Mir ist ein Wirtschaftsminister, der nicht nur Großkonzerne im Blick hat wie die FDP, sondern zusätzlich auch den bayerischen Mittelstand, einer, der im Trachtenjanker die Menschen in Bayern erreicht und nicht im Maßanzug Champagner schlürfend unsere Wirtschaft den Bach hinuntergehen lässt, deutlich lieber als jeder andere.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Schließen auch Sie sich diesem Votum an, und hören Sie auf, die bayerische Wirtschaft kaputtzureden.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

(Der Redner begibt sich im Trachtenjanker zum Rednerpult – Zurufe: Trachtenjanker!)

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Mehring, lieber Fabian, bei aller Wertschätzung, die ich für dich habe: War das jetzt ein reines Bashing gegenüber der FDP, die nur Inhalte gebracht hat, die die ganze Zeit in der Presse und in Studien der IHK standen? – Dieser "Abwärtssog" ist nicht von uns erfunden, sondern kommt von der IHK.

(Beifall bei der FDP)

Und, Kollege Mehring, ich bin der Mittelstand, über den ihr alle redet. Ich komme mitten aus dem Mittelstand.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dann ist die Frage, warum du bei der FDP bist!)

Dann könnt ihr euch schon ein bisschen auf das verlassen, was ich jeden Tag erlebe.

Du hast zum Beispiel auch über Martin Zeil gesprochen. Tatsächlich waren wir 2008, als der Martin Zeil Wirtschaftsminister wurde, in einer Wirtschaftskrise. 2013 war er nicht mehr da.

(Zuruf)

– Abgewählt, du hast vollkommen recht; es gibt sicherlich auch Fehler, die dazu geführt haben. – Aber da war auf einmal die Wirtschaft in einem Bombenzustand.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Jetzt hören wir doch mal auf mit dem Bashing! Es geht doch darum, dass wir versuchen, gemeinsam Bayern vorwärtszubringen.

Wir müssen über die Frage reden: Wo hakt es? Wir müssen über Infrastruktur reden, die auf alle Fälle kommen muss. Dazu gehören für mich vier Punkte.

Das ist die Schiene; sie ist eine Bundessache, trotzdem müssen wir uns in Bayern darum kümmern, damit im Bund etwas vorwärtsgeht.

Wir brauchen Straßenausbau, auch wenn er von einigen Kollegen hier im Saal nicht gewünscht ist – das trifft nicht auf dich zu.

Wir brauchen auf alle Fälle Netze, sowohl Mobilnetze wie auch Glasfaser. Leute, das sind in Zukunft die Pulsadern dieser Nation! Wir hängen doch hinterher! Was wir machen, ist Flickschusterei. Was habe ich gehört? – Die Telekom erwartet Meldungen über weiße Flecken. Daraufhin melden sich Gebiete. Dann behauptet die Telekom: Wieso? Ätsch, es gibt doch zwei Striche in dem Gebiet, das ist doch Versorgung. – Leute, das ist doch ein Witz. Da kann ich doch nicht arbeiten. Da müssen wir unbedingt etwas machen.

Dazu kommt noch mein Thema – ich war schon immer dafür –: Flughafenausbau, dritte Startbahn. Wir brauchen die dritte Startbahn. Sie wird irgendwann kommen. Dafür können nicht einmal wir etwas, auch ihr nicht. Sie wird irgendwann mal kommen. Irgendwann wird sie kommen.

(Beifall bei der FDP – Katharina Schulze (GRÜNE): Dann machen wir halt noch mal einen Bürgerentscheid!)

– Du fliegst doch gerne, sei doch froh, wenn du sie kriegst.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Reden wir über Energie. Setzen wir bei der Energieversorgung auf die Hoffnung, es wird schon gut gehen? – Das kann doch wohl nicht wahr sein. Wo ist die sichere Energieversorgung, die wir für die Zukunft unbedingt brauchen? – Unsere Wirtschaft hängt daran.

Dann heißt es: Wir bauen jetzt unseren Automobilstandort um, und wir bauen jetzt E-Autos. Es gibt vom Bund auch noch einen Haufen Geld obendrauf, damit man diese Kisten kauft. Drei Milliarden sollen das werden! 6.000 Euro! Und die Autos, die wir dann kaufen, kommen nicht unbedingt der deutschen Automobilindustrie zugute. Die günstigen Autos, E-Mobile, kommen aus Frankreich oder sonst wo her. Und wir wollen unsere Automobilindustrie dazu verpflichten, E-Mobile zu bauen? Ein Zuschuss von 6.000 Euro bei einem Auto, das 35.000 Euro kostet? – Das kann sich der kleine Mann sowieso nicht leisten. Der braucht ein Haus, damit er es mit einer Steckdose vor der Tür laden kann. Er braucht eine Photovoltaikanlage auf dem Dach, damit er es laden kann. Was ist mit all den Menschen, die in Wohnungen wohnen und auf der Straße parken müssen, weil sie keine Garage haben? Wie sollen die ihre Autos laden? – Das ist doch lächerlich.

Dann kommen wir zum Mittelstand, zum Handwerk. Wir merken jetzt schon, dass aufgrund der Ankündigung, dass eventuell Ölheizungen nicht mehr gut sind, es bei den Kunden zu einer Verunsicherung kommt und sie schon bei den Handwerkern stornieren oder zurückstellen. Leute, das kann doch nicht wahr sein! Wollen wir das wirklich? – Immer dieses Dreschen auf den Mittelstand.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Natürlich wollen wir, dass weniger Ölheizungen gekauft werden!)

– Wir wollen aber schon, dass Ölheizungen noch erlaubt sind. Es gibt Gebiete, in denen kein Gas vorhanden ist. Wenn man in München lebt, kann man locker darüber hinwegsehen. Das ist aber auf dem Land nicht so.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir reden über Abfallentsorgung. Wir haben ein Riesenproblem mit dem Abfall.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Bitte? – Ach so, Entschuldigung. Auf der linken Seite kommt dann wieder für die Zukunft: Mindestlohn. Das muss ich noch loswerden. Das ist ja auch so ein Spezialthema von mir. Wenn der Mindestlohn von 9,35 Euro auf 12 Euro erhöht wird, bedeutet das: Bei 170 Stunden im Monat steigen die Steuern von 92 Euro auf 188 Euro. Für zwei Euro mehr in der Stunde! Ihr seid ja nicht ganz durch, ganz ehrlich.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

Albert Duin (FDP): Wir müssen auf alle Fälle an die Unternehmensteuern. Wir müssen vor allem aber auch an die Einkommensteuer. Wir müssen die Progression wegstreichen. Wir müssen sie senken. Wir müssen die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsabgaben senken, auf ein normales Niveau.

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun. Packen wir's an!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel von der CSU-Fraktion.

Walter Nussel (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Emotionen versuche ich, etwas sachlicher zu werden. Gleichwohl möchte ich für Sie kritisch einige Themen beleuchten. Vor allem möchte ich voranstellen: Geben Sie doch unseren Unternehmen, vor allem den KMUs, unseren Mittelständlern, das Vertrauen. Geben Sie es auch den Arbeitnehmern. Das habe ich bei keiner der Reden heute gehört.

Was meine ich damit? – Das sind die Leute, die die Leistungsträger sind. Das sind die Leute, die wissen, wie man Firmen führt. Und die Arbeitnehmer sind die Leute, die wissen, wie man sich in den Firmen einbringt und dort Leistung zeigt. Da geht es um die Arbeitsstättenverordnung; da geht es um die Arbeitszeitregelung. In Berlin wird vieles zu regeln versucht; aber das geht oft am Thema vorbei. Wenn wir draußen sind, hören wir die Unternehmer klagen: Wir sind hier so eingeeengt, dass wir nicht unsere Leistung erbringen können. – Ich zeige das an einem Beispiel: Wenn ein Mitarbeiter einer Zimmerei zu Ihnen kommt und das Dach repariert, dann soll er nach der Arbeitszeitregelung nach zehn Stunden mit der Arbeit aufhören. Wenn dann das Dach noch offen ist und ein Gewitter bevorsteht, dann sagen Sie selber: Ja, mach doch bitte weiter. – So gehört sich das auch für andere Gewerke. Daran müssen wir arbeiten, und dabei müssen wir einen anderen Weg einschlagen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres Thema ist die Datenschutz-Grundverordnung. Hier nehme ich auch selbstkritisch auf: Wenn Brüssel eine Auflage vorgibt, die gilt, wenn mindestens 50 Mitarbeiter stetig mit personifizierten Daten zu tun haben, und Deutschland daraus zehn Personen macht, ist klar, dass das die kleinen Unternehmer belastet. Wenn von Brüssel etwas kommt, müssen wir nicht immer noch einen drauflegen. Stattdessen müssen wir einen Gleichklang mit den anderen Nationen pflegen. Ich denke, das ist ganz wichtig. Dort müssen wir viel mehr hinschauen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres Thema – jetzt komme ich in die Niederungen – ist der Brandschutz. Dieses Thema beschäftigt mich täglich. Täglich kommen Petenten, die Probleme äußern. Auf diesem Weg möchte ich Sie alle, auch die Opposition, mitnehmen.

Bringen Sie nicht immer weitere Forderungen ein, was wir noch regeln sollen. Wir müssen unseren Behörden die Angst davor nehmen, Fehler zu machen. Ich sage Ihnen auch: Hören Sie mit der Null-Toleranz-Grenze auf. Wer glaubt, dass wir alles regeln können und nichts mehr passiert, ist auf dem falschen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Zusammen mit den Ministerien und Behörden – die Kreisbehörden beziehe ich ein – müssen wir versuchen, die Angst zu nehmen. Wenn Entscheidungen getroffen worden sind, muss die Politik auch dahinterstehen. Wir sollten nicht sofort die Hand heben und einen Schuldigen suchen, wenn etwas passiert ist. Ich sage: An dieser Stelle muss mit Maß und Ziel gearbeitet werden.

Jetzt mache ich einen Sprung nach Berlin zur Deutschen Industrie Norm. Wir sind dabei und haben aus Bayern auch etwas angeschoben. Es kann nicht sein, dass aus wirtschaftlichen Interessen Normierungen vorgenommen werden, die später unsere Unternehmer draußen unnötig belasten. Wir versuchen, das aus Bayern in den Griff zu bekommen.

Ein wichtiges Thema – das fällt mir immer wieder auf – sind die Infrastrukturmaßnahmen. Alle Vorredner haben darüber gesprochen, wie wichtig sie sind. Dann müssen Sie sich jedoch an die eigene Nase fassen. Frau Schulze, Sie haben das Bürgerbegehren angesprochen. Es geht gar nicht um den Flughafenausbau, sondern um Stromleitungen, den Breitbandausbau sowie Maßnahmen auf der Straße und der Schiene. Es wird politisch befeuert, wogegen man sein und wogegen man Klage einreichen muss. Wie sollen wir diesen Wohlstand aufrechterhalten, wenn wir die Infrastruktur für unsere Firmen nicht nachhaltig vorhalten können? – Die Firmen müssen sich darauf verlassen können. Wir, die CSU, werben dafür, dass sie sich darauf verlassen können. Wir werden weiterhin für Infrastrukturmaßnahmen kämpfen und versuchen, das Ruder in die andere Richtung zu reißen.

Ich persönlich sage auch: Wir brauchen Stromtrassen. Diese sind ganz wichtig. Wir brauchen eine sichere Stromversorgung im Freistaat Bayern. Sie sprechen immer von regenerativen Energien. Strom aus Windkraft und Photovoltaik ist Zufallsstrom. Das ist Strom, der zufällig da ist, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht, aber nicht dauerhaft.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir unseren Unternehmen Sicherheit geben. Sie sollen wissen, was wir tun. Deshalb machen wir uns weiterhin auf den Weg. Unterstützen wir die Staatsregierung, dann werden wir auch weiterhin ein stabiles Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die FDP-Fraktion unter die Konjunkturpessimisten gegangen ist, finde ich doch ziemlich erstaunlich. Auch wenn das Wording "Bayerns Wirtschaft im Abwärtssog" nur übernommen ist – das haben wir schon gehört –, machen Sie sich dieses auch zu eigen. Es klingt fast so, als stünde die bayerische Wirtschaft knapp vor der Klippe und würde übermorgen ins Nichts springen. Verstehen Sie mich nicht falsch; ich will die aktuelle Wirtschaftslage nicht schönreden. Im Gegensatz zu Ihnen will ich jedoch die Rezession nicht herbeireden und Untergangsstimmung

verbreiten. Von einer wirtschaftsliberalen Partei würde ich mir deutlich mehr Optimismus, Zukunftsgewandtheit und weniger Besitzstandswahrung erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unseren Wohlstand sichern wir nur, wenn wir die veränderten Rahmenbedingungen als Chance begreifen und mit kluger Politik neue Arbeitsplätze schaffen, statt nicht zukunftsfähige Arbeitsplätze am Leben zu erhalten. Nicht umsonst spricht der Ökonom Schumpeter von der kreativen Zerstörung oder – moderner formuliert – von der disruptiven Innovation. Ja, wir sind Industriestandort. Ja, unser Wohlstand hängt auch an einer gut laufenden Industrie. Aber die größten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Bayern sind immer noch die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Große Industriebetriebe sind aufgrund ihrer hierarchischen Apparate oft schwerfällig. Der Mittelstand, das Handwerk und vor allem Start-ups sind hoch innovations- und anpassungsfähig. Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, dürfen wir eben nicht darauf warten, dass die DAX-Unternehmen mit gutem Zureden und völlig freiwillig auf nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften umstellen. Ich denke beispielsweise an die Themen Flächensparen oder die CO₂-Reduktion. Das sind zwei völlig unstrittige Ziele der Politik, die bisher jedoch nicht bereit ist, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine messbare Lenkungswirkung entsteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Technische Innovation, die gerade die FDP für die einzig sinnvolle Lösung für ziemlich alles hält, liegen vonseiten der Wissenschaft und von innovativen Start-ups oft schon in der Schublade. Bis auf ein paar idealistische Pionierunternehmen, die sich daran abarbeiten, kommen diese Lösungen nicht in die Breite. Warum? – Ein Beispiel: Vor Kurzem besuchte ich ein Projekt, das an synthetischen Kraftstoffen auf Eigenbasis forscht, um zum Beispiel Flugkerosin zu ersetzen. Grundsätzlich ist es eine geniale Idee, den Flugverkehr auf der Basis eines nachwachsenden und CO₂-bindenden Rohstoffs bilanziert klimaneutral zu machen. Technisch ist das bereits machbar und skalierbar. Jetzt kommt das große Aber. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist es jedoch schlicht nicht konkurrenzfähig, da es um ein Vielfaches teurer ist als normales Kerosin. Ist es nicht reichlich absurd, dass wir Fliegen mit einer Innovation aus Bayern nahezu klimaneutral machen könnten, aber nicht in der Lage sind, Kerosin so zu besteuern, dass sich diese Innovation auf dem Markt auch durchsetzen kann?

Ein anderes Beispiel wäre ebenfalls ein Start-up aus Bayern, das eine Lösung für die Speicherung und den Transport von Wasserstoff entwickelt hat. Mit dieser Lösung wird Wasserstoff in einem Öl gespeichert, das ungiftig, schwer entflammbar und flüssig ist. Dadurch könnte Wasserstoff überall durch bestehende Versorgungsstrukturen verfügbar sein. Auch hier besteht dasselbe Schema. Die Produktionskosten liegen weit über den Kosten für konventionellen Kraftstoff. Darüber hinaus ist die Automobilindustrie mit der E-Mobilität beschäftigt und könnte kurzfristig gar keine Brennstoffzellenfahrzeuge liefern.

Im Bereich KI und digitale Innovationen gibt es gute Beispiele aus Bayern, die trotz eines unbestritten hohen Nutzens immer noch nicht flächendeckend zum Einsatz kommen. Ein Münchner Start-up hat eine KI-basierte Transportoptimierung entwickelt, die letztendlich unseren innerstädtischen Lieferverkehr revolutionieren könnte. Das Stichwort ist Smart City. Wenn aber politisch – ich wiederhole mich – die Rahmenbedingungen nicht stimmen, um den Lieferverkehr zu reduzieren, dann können sich selbst die besten Lösungen nicht durchsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind ganz besonders auf Unternehmertum und Innovationsgeist angewiesen. Der aktuelle "Startup Monitor" hat gerade wieder bestätigt, dass es Social Entrepreneurs und Green IT-Start-ups sind, die wir für den dringenden Umbau der Wirtschaft brauchen. Sie erhalten jedoch immer noch nicht die notwendige Unterstützung. Zwar könnte ein Start-up-Fonds unterstützen, aber nur, wenn er für alle offen ist und nicht nur die großen Zwanzig zum Zug kommen. Es braucht mehr gesamtgesellschaftliche Wertschätzung für das Unternehmertum. Wir sollten dort, wo es möglich ist, Bürokratie für Gründungen und junge Unternehmen abbauen und die Finanzierungsbedingungen verbessern. Das sind die Themen, die mir Gründerinnen und Gründer immer wieder mitgeben.

Bayern ist Automobilland. Die Abhängigkeiten sind groß. Das haben wir heute schon oft gehört. Ich will, dass Bayern unter anderem der Standort für nachhaltige Mobilität wird. Das können wir als Politik unterstützen – gemeinsam mit unserer Gründerszene – für eine zukunftsfähige Wirtschaft und gute und innovative Arbeitsplätzen auch in Zukunft in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium, verehrte Zuschauer auf der Tribüne! Die FDP steht mit dieser Themenwahl in Treue fest zu ihrer Lobby in Handel und Industrie. Wenn Sie wirklich so nah beim Bürger wären, müssten Sie sich nicht mit dem Ausdruck "Abwärtssog" zum Master eines sogenannten Klimadesasters in der Wirtschaft machen. Die Wirtschaft selber spricht lediglich von einem Stimmungsknick, Herr Hagen. Ob Sie richtigliegen, werden wir im Laufe der nächsten Zeit herausfinden.

Was sind eigentlich die Gründe für den Abwärtssog? – Sie liegen in den Handelskonflikten weltweit zwischen China, den USA und Europa, im unklaren Brexit-Szenario, den unklaren Verhältnissen in Europa und dem weltweit abflauenden Wirtschaftswachstum. Das trifft auch Bayern, weil wir ein Exportland sind. Die fundamentalen Wandlungen in der Automobilindustrie zeigen uns diesen Klimaknick ganz deutlich auf. Was machen die Unternehmer? – Die Unternehmer wollen, dass die Politik etwas unternimmt. Die Unternehmer wollen, dass die Steuern auf Unternehmensgewinne von 30 auf 20 % gesenkt werden. Sie wollen, dass die sehr hohe Stromsteuer gesenkt wird. Sie wollen weiterhin ein freundliches Handelsklima. Lieber Herr Hagen, der Handel ist auf der Seite der Wirtschaft. Sie bezeichnen den Minister Aiwanger in einer fast persönlichen Abrechnung als falschen Mann am falschen Platz. Das würde ich so nicht unterschreiben wollen. Zunächst ist die Wirtschaft selbst gefordert. Die Politik ist dort gefordert, wo sie etwas tun kann. Wo kann die Politik etwas tun? – Die Politik kann beim Bürger ansetzen. Sie kann das Inlandswirtschaftsklima verbessern, indem sie die Nachfrage stärkt. Wie kann die Politik das tun? – Die Politik kann die Steuerlast, die sie auf die Schultern der Bürger gelegt hat, wegnehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an Ihre Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss: Aiwanger ist durchaus der richtige Mann, der das Richtige fordert. Er ist einer, der nach Roding gehen und dort intervenieren kann. Heute ist er in China und interveniert dort. Das haben wir heute schon gehört. Herr Hagen, was ist los mit Ihnen? Wollen Sie mit dem Herrn streiten? – Ich will das nicht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich will ihn loben. Er ist für die Wirtschaft ruppig genug, und er macht seinen Job wirklich gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Ist das eine Bewerbung für die FREIEN WÄHLER? Der klopft bald bei euch an!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die Staatsregierung hat nun der Staatssekretär Roland Weigert das Wort.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Herr Kollege Hagen, ich schätze Sie wirklich sehr. Ich schätze auch die FDP. Ich bin in manchen Positionen durchaus marktliberal, und da decken sich unsere Ansichten auch. Sie haben Ihre Rede vorhin mit den Worten "Tempo, Tempo, Tempo" geschlossen. Wir haben gesehen, wozu das führt, nämlich zum Vergaloppieren. Die Diskussionen waren zum Teil zügellos. Was Sie im Kontext des Wirtschaftsministers geäußert haben, halte ich für ehrabschneidend. Das ist kein guter Stil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): So zimperlich war er früher in der Opposition nicht!)

– Zimmerlich? Herr Hagen, wenn Sie den Industrie- und Handelskammertag dafür brauchen, einen griffigen Titel für Ihre Aktuelle Stunde zu finden, muss man vielleicht beim Abkupfern des Themas darüber nachdenken, unter welchen Bedingungen die provokante These auf dem Industrie- und Handelskammertag genutzt wurde. Sie haben das Thema einfach unreflektiert übernommen. Das ist kein guter Stil. Das zeugt nicht von Regierungsfähigkeit. Das zeugt nicht von Handlungsfähigkeit. Das zeugt von Unreflektiertheit. Das ist nicht gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, vieles ist bereits gesagt worden. Ich versuche mich wirklich kurz zu halten. Vorab und in aller Klarheit: Bayerns Wirtschaft steht auf einem soliden Fundament, wegen innovativer Unternehmerinnen und Unternehmer, wegen der Exzellenzforschung, wegen leistungsbereiter und qualifizierter Arbeitnehmer, wegen engagierter Gewerkschaften und einer soliden Wirtschafts-, Forschungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dafür stehen zuvorderst Ministerpräsident Dr. Söder, der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Aiwanger, Wissenschaftsminister Sibler und die Arbeitsministerin Schreyer.

Die Zahlen sprechen für sich. In den letzten zwanzig Jahren haben wir in der langfristigen Betrachtung beim Inlandsprodukt eine erstklassige Entwicklung hingelegt. Wir haben ein Wachstum von sage und schreibe 49 % erzielt. Damit stehen wir deutschlandweit auf Platz 1. Der deutschlandweite Durchschnitt beträgt 32,4 %. Mittelfristig haben wir in den letzten neun Jahren seit 2010 eine Zunahme von 22 % hingelegt. Ein Vergleich mit den Flächenstaaten zeigt Folgendes: In Niedersachsen gab es 17 % Zuwachs, in Nordrhein-Westfalen 10 %, in Baden-Württemberg 17 % und in Hessen 12 %. Im deutschlandweiten Vergleich steht Bayern mit einer Zunahme von 22 % während der letzten neun Jahre nicht schlecht, sondern sehr, sehr gut da. Das Inlandsprodukt ist eine sehr abstrakte Zahl. Viele Menschen draußen können mit der Zahl als solcher nichts anfangen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns auf die Arbeitslosenzahlen blicken, weil diese im Erleben der Menschen griffiger sind. Auch hier können wir nachweisen, dass der Wohlstand bei den Menschen draußen ankommt. Im Oktober betrug die

Arbeitslosenquote – wir haben es heute gehört – 2,7 %. Das ist im Übrigen der niedrigste Wert aller Länder. Der deutschlandweite Durchschnitt liegt bei 4,8 %. Die 2,7 % sind in den letzten 15 Jahren der zweitbeste Oktoberwert. Wenn wir über die Themen Wohlstand in der Stadt und Wohlstand auf dem Land und über gleichwertige Lebensverhältnisse sprechen – darüber habe ich heute noch nichts gehört –, dann schauen wir uns die Spreizung der Arbeitslosenquote über alle Regierungsbezirke an. Wir haben eine Spreizung von weniger als einem Prozent. Wenn man diese Zahlen verschweigt, dann ist das fahrlässig. Wer diese Zahlen ignoriert, ist unredlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist bereits dargestellt worden. Zu den Themen Weltkonjunktur und Brexit brauche ich nicht mehr sprechen. Die Entwicklung ist gut, weil wir eine solide Wirtschaftspolitik haben. Wir sichern Wohlstand und Beschäftigung, während andere nur reden.

Herr Kollege Hagen, natürlich habe ich für Ihre Einlassungen Verständnis, in der Sache aber nicht, da liegt die FDP tatsächlich falsch. Gerade Forschungsinstitute rechnen für 2019 mit einem positiven Wachstum von round about 0,5 %. Für das Jahr 2020 sind wir bei 0,6 %, 1,0 % oder 1,2 %, abhängig vom jeweiligen Forschungsinstitut. Nach meinem Dafürhalten ist es fahrlässig, diesbezüglich von einem Abwärtssog zu sprechen.

Ich habe emotional sehr wohl Verständnis für Sie. In den vergangenen Jahren sind wir von Rekordwert zu Rekordwert marschiert. Das verursacht natürlich einen Gewöhnungseffekt. Das ist ohne Frage so. Dass bei der aktuellen Situation der eine oder andere, wie die bayerische FDP, die Nerven verliert, kann man durchaus verstehen. Sie sollten keine Angst haben. Sie sollten Mut zeigen. Meine Damen und Herren, Angst ist kein Attribut des Wirtschaftsministeriums. Das kann Ihnen im Übrigen auch der Kollege Zeil bestätigen. Das Wirtschaftsministerium mit Hubert Aiwanger an der Spitze nimmt diese Herausforderungen an. Das Wirtschaftsministerium hinterfragt kritisch, auch manches, was die Industrie falsch vorträgt. Aiwanger reflektiert und entscheidet dann beherzt. Deswegen ist Aiwanger der richtige Mann am richtigen Platz. Im Übrigen wird er für seine mittelstandsfreundliche Politik insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen hoch gelobt und sogar gefeiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wer anderes behauptet, erfasst nicht das ganze Bild. Heute ist der Sachverständigenrat mit dem Jahresgutachten zitiert worden. Die Aufschwungphase ist beendet. Ja. Wir gehen nicht von einer breiten und tiefen Rezession aus. Auch das ist heute bereits erklärt worden. Wir sehen allerdings auch wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Wir müssen ohne Zweifel den Strukturwandel angehen. Ja, wir nehmen auch die konjunkturellen und strukturellen Herausforderungen ernst. Ja, wir setzen als Bayerische Staatsregierung klare Wegmarken für Innovation, Infrastruktur und Investition.

Meine Damen und Herren, der Wohlstand in Bayern beruht insbesondere auf der technologischen Weltklasse und auf einer starken Exportwirtschaft. Wir stehen tatsächlich an der Schwelle eines tiefgreifenden Wandels. Es geht darum, Bayerns mittelständisch geprägten Industrie- und Gewerbetekern noch stärker zu digitalisieren – ohne Frage –, Bayerns Wirtschaft noch umweltfreundlicher zu gestalten – ohne Frage –, Bayerns Innovationspotenzial voranzutreiben – ohne Frage – und auf den internationalen Märkten unsere Position weiter auszubauen – ohne Frage. Bayern muss sich diesem internationalen Wettbewerb entschlossen stellen. Abschließend: Wir tun das! Ich erwähne hier beispielsweise die Exportwirtschaft. Ai-

wanger hat kurz nach Amtsantritt die Weiterentwicklung unserer Außenwirtschaftsstrategie im Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben. Derzeit sind wir mit den Kammern und den Verbänden daran, sie zu aktualisieren und fortzuschreiben. Wir haben die Außenwirtschaft als wesentlichen Träger des bayerischen Wohlstands also klar im Blick. Es gilt auch, die technologische Dominanz in wichtigen Zukunftsfeldern voranzutreiben. Die Hightech Agenda ist heute bereits angesprochen worden. Meine Damen und Herren, das ist doch ein Statement der Staatsregierung! Wenn das kein Statement ist, was ist denn dann ein Statement?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zwei Milliarden Euro für die digitale Zukunft – das ist im Kern ein wuchtiger Aufschlag, vor allem für den Mittelstand in Bayern. Was das genau ist, das wurde heute bereits vielfach ausgeführt, deshalb komme ich zum Ende.

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung agiert. Sie reagiert nicht, sie agiert. Die Staatsregierung agiert umfassend. Wir betrachten nicht nur die Industrie, sondern wir betrachten den Mittelstand, wir betrachten Klein- und Kleinstunternehmen. Die Staatsregierung agiert mit Augenmaß. Wir wollen nicht nur Tempo, Tempo, Tempo, sondern strategische Konzepte für die Zukunft. Die Staatsregierung agiert beherzt mit umsetzungsorientiertem Anspruch. Wir gestalten die Zukunft konzeptionell und beherzt für unsere Heimat.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
zur Gewährleistung der Patientensicherheit durch Förderung von Einzelzimmern und durch Einführung von Kontrollmechanismen in Krankenhäusern (Drs. 18/3036)
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Roland Magerl von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 17. September 2019 begibt die Weltgesundheitsorganisation WHO den ersten Welttag der Patientensicherheit. Warum? – Weil die OECD davon ausgeht, dass selbst in hochentwickelten Ländern wie Deutschland 15 % aller Aktivitäten und damit auch aller Kosten im Krankenhaus auf die Behandlung der Folgen von unzureichender Patientensicherheit zurückzuführen sind. Dieser Satz stammt nicht von mir, sondern aus einer Pressemeldung der Bayerischen Landesärztekammer. Deren Vizepräsident Dr. Botzlar sagt dazu treffend: Die allermeisten Schäden sind vermeidbar, wenn die Patientensicherheit stärker in das Bewusstsein gerückt und alle Kräfte mobilisiert werden, um Fehler und Schäden zu vermeiden, und zwar bevor Patienten betroffen sind. – Nun, meine Damen und Herren Abgeordnete, wir von der AfD haben in unserem Gesetzentwurf schon lange vor dem Welttag der

Patientensicherheit versucht, dies in Ihr Bewusstsein zu rücken. Wir haben uns angesehen, was Fachgesellschaften empfehlen, und überlegt, ob die guten Entscheidungen anderer Bundesländer auch in Bayern Einzug halten sollten. Was wir als gut empfanden, was schon erprobt ist, haben wir in unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes gepackt.

Mit unseren Gesetzentwürfen hier im Landtag ist immer auch die Einladung verbunden, dass wir uns gemeinsam kritisch mit der Thematik auseinandersetzen und überlegen, an welchen Stellen vielleicht noch gefeilt werden könnte oder auch müsste. Außer einer ablehnenden Haltung, wie wir Sie von Ihnen schon kennen, kam aber leider nichts. Gerade in der Gesundheit und der Pflege ist es uns wichtig, Sacharbeit zu leisten und Bayern beim Wohl der Bürger voranzubringen, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Offenbar haben wir auch das richtige Thema gefunden, nachdem sich sogar die Landesärztekammer dazu äußert. Dennoch wissen wir, dass unser Gesetzentwurf heute auf der Strecke bleiben wird. Nein, nicht deswegen, weil er schlecht ist, sondern weil Ihnen Parteipolitik vor Sacharbeit geht und damit vor das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Früher oder später werden die Wähler aber merken, welches Spiel Sie auf deren Rücken spielen.

Wir haben noch einen Antrag eingereicht, weil uns die Patientensicherheit sehr wichtig ist. In dem Antrag fordern wir eine Expertenkommission, die Vorschläge erarbeiten soll, wie wir die so wichtige Patientensicherheit stärken können. Wenn Sie sich dagegen, wie gewohnt, ebenfalls sperren, dann haben Sie endgültig bewiesen, wo die Bürger Bayerns mit ihren Bedenken bei Ihnen stehen. Näher will ich darauf im Hohen Haus jetzt gar nicht eingehen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf für das gesundheitliche Wohl der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Frau Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion.

Barbara Becker (CSU): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht macht es Sinn, dass wir ein bisschen darüber reden, wie Sachpolitik funktioniert. Vielleicht ist es ein schäbiger Vergleich, aber ich bin Mutter von zwei Kindern. Wenn unsere Kinder schon ein Eis in der Hand haben und dann laut schreien: Jetzt will ich aber ein Eis! – dann sage ich zu ihnen: Du hast es schon. Dann ist es Sachpolitik oder schlichtweg gute Erziehung zu sagen: Es ist schon da. Deshalb ist die Forderung nach noch einem Eis schlichtweg keine gute Sachpolitik.

Wenn wir das jetzt auf das übertragen, was Sie hier fordern, dann muss ich sagen: Jawohl, Sie haben sich Empfehlungen von Fachgremien angesehen. Lesen Sie aber bitte gründlich und ziehen Sie die richtigen Schlüsse. Natürlich ist die Patientensicherheit extrem wichtig. Natürlich geht uns die gute Versorgung, die Gesundwerdung und die Heilung, aber auch die Sicherheit von Patienten in Bayern über alles. Dazu gehören auch alle wirksamen Maßnahmen, um multiresistente Keime zu vermeiden und beste Hygiene zu organisieren. Ach, wenn doch alles so einfach wäre! Sie merken, ich bin aufgrund dessen, was Sie erzählen, ein bisschen ärgerlich. Wenn es so wäre, wie Sie wollen, dann würden multiresistente Erreger haltmachen und sagen: Oh, da ist ja ein Einzelzimmer, da gehen wir nicht hinein. – Wenn es keine Unterschiede gäbe zwischen den Infektionen mit verschiedenen multiresistenten Erregern, dann wäre Ihr Gesetzentwurf ganz bestimmt richtig. Wenn alle Pflegekräfte in bayerischen Krankenhäusern begeistert wären von noch mehr Kontrolle, von noch mehr Gängelung, von noch mehr Misstrauen und noch mehr Regelung und Doppelarbeit, dann wäre dieser Gesetzentwurf brilliant. Das ist er aber nicht.

Ich möchte vorausschicken, dass die zentralen Schwerpunkte unserer Krankenhausfinanzierung selbstverständlich die Berücksichtigung der Patientensicherheit und der Hygiene sind. Für Ihren Gesetzentwurf aber gilt: Was sich gut anhört, ist noch lange nicht wirklich gut. Denken wir es doch einmal zu Ende. Sie fordern durchgängig Einzelzimmer als Standard in bayerischen Krankenhäusern und verknüpfen das sogar mit Investitionszuschüssen. Wir lehnen das ab, weil wir die Krankenhäuser nach Standards gestalten, die fachübergreifend erarbeitet worden sind. Jetzt kommen wir zum gründlichen Lesen dieser Vorschläge der Fachgremien. Die KRINKO – Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention – schlägt nicht vor, dass wir nur noch Einzelzimmer bauen, sondern sie empfiehlt aufgrund der Erfahrungen und der wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass wir Patienten, bei denen multiresistente Keime festgestellt werden, in Einzelzimmern, gerne auch mit Schleuse, je nachdem, um welchen multiresistenten Erreger es sich handelt, unterbringen. So wird ein Schuh daraus, aber nicht bei einem Standard für alle.

Wir gestalten die Krankenhäuser also nach den Standards, die fachübergreifend erarbeitet worden sind. Das beruht auf aktuellen medizinischen Erkenntnissen, und diese werden regelmäßig aktualisiert und neu überarbeitet. Das gilt ganz besonders auch für die Stellen, bei denen es noch gar nicht darum geht, dass der Patient schon im Zimmer ist. Es gibt vielmehr viele andere neuralgische Punkte im Verlauf einer Krankengeschichte bei einem Aufenthalt im Krankenhaus, wie etwa die räumlichen und strukturellen Gestaltungen des gesamten Krankenhausaufenthaltes. Unser Standard geht im Moment von einem Zweibettzimmer aus, allerdings mit ausreichenden Isoliermöglichkeiten mittels Einzelzimmern, teilweise auch mit Schleusen. Es ist ganz unterschiedlich, je nachdem, in welcher Abteilung wir uns befinden. Da ist die Stroke Unit: 1 : 6. Da ist die Intensive Unit ganz anders, die Palliativmedizin auch. Da haben wir eigene Kennzahlen für jeden Bereich. Das macht einfach mehr Sinn. Wir wollen das Geld der Steuerzahler bestmöglich einsetzen und nicht mit der Gießkanne drübergehen. Für die hygienisch besonders relevanten Bereiche wie die Notaufnahme, wo man gar nicht weiß, wer gerade kommt, für den OP oder für die Intensivstationen gelten selbstverständlich ganz eigene, anspruchsvolle bauliche Standards.

Ich komme zu den Besonderheiten der Intensivstationen. Da haben Sie in dem Gesetzentwurf eine Lücke. Bei der Intensivpflege sieht Ihr Entwurf überhaupt die Ausnahme vom Einzelzimmerstandard vor. Das verstehe ich schon mal gar nicht. Da müssten wir darüber reden, was das für einen Sinn macht, aber gut. Seit dem Jahr 2012 sind in bayerischen Intensivstationen bei Neu- und Umbauten Einzelzimmer selbstverständlich Standard. Davon wollen wir auch nicht abrücken. Mit dem Doppelhaushalt, den wir für 2019/2020 verabschiedet haben, haben wir einen Etat von jährlich 643,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und können damit die Krankenhäuser bei ihren Investitionen unterstützen, insbesondere bei den entsprechenden medizinischen Standards, die die Voraussetzung für Hygiene und Patientensicherheit bieten.

Nach dem, was mir Pflegekräfte sagen – das ist mal ganz aus der Praxis gesprochen –, stellt sich die Frage, ob die Mitarbeitenden in den Krankenhäusern und ob die Patienten immer Einzelzimmer wollen. Einerseits fällt die Kommunikation untereinander weg, andererseits ist keine gegenseitige Hilfe der Patienten möglich. Die einen mögen vielleicht Einzelzimmer, die anderen fühlen sich wohler, wenn noch jemand im Zimmer dabei ist. Das sind psychische und soziale Aspekte, die auch zur Genesung beitragen, die wir berücksichtigen müssen. Einzelzimmer bedeuten letztendlich mehr Belastung für das Pflegepersonal. Deshalb machen sie nur Sinn, wenn sie aufgrund der Belastung mit MRE geboten sind.

Zum zweiten Teil des Gesetzentwurfs, der internen Krankenhausorganisation: Wieder gilt: Natürlich ist die Sorge um die Sicherheit und die bestmögliche Genesung der Patienten ein wertvolles und wichtiges Anliegen. Da setzen sich alle dafür ein: die Ministerin, die gerade dasitzt, die Ärztinnen und Ärzte, das pflegerische Personal. Sie wollen, dass permanent an Verbesserungen gearbeitet wird. Deshalb gibt es den KVP, den Kontinuierlichen Verbesserungsprozess, in jedem Krankenhaus. Den gießt man nicht in ein Gesetz, sondern man arbeitet permanent daran, Daten auszuwerten und zu gucken, wie wir weiterkommen.

In Bayern gibt es weder Versorgungslücken noch fehlt es an Qualität. Im Gegenteil: Es gibt mindestens zwei aktuelle Studien, eine von Bertelsmann, eine von IGES, die belegen, dass die Patienten in Bayern extrem zufrieden sind. Wir stehen da an zweiter Stelle in Deutschland. Das heißt, wir können gerne wollen, dass wir an die erste Stelle kommen. Da arbeiten wir auch dran. Selbstverständlich ist es für uns eine Selbstverpflichtung, dass wir permanent an weiteren Verbesserungen arbeiten. Dazu gehört – abgesehen davon, unter Umständen auf Einzelzimmer mit Schleusen, mit Isolation zurückzugreifen –, auch Eindämmung der Infektionswege, zum Beispiel indem man Patienten bei der Aufnahme befragt und, wenn man das Gefühl hat, da könnte etwas sein, sie von einem internen Mikrobiologen auf multi-resistente Keime überprüfen lässt und dann entscheidet, wie sie untergebracht werden sollen. Dazu gehören Desinfektionsspender am Eingang. Ich sage Ihnen auch: Jeder Desinfektionsspender ist halt nur so gut, wie er benutzt wird.

(Melanie Huml (CSU): Das stimmt!)

Deshalb brauchen wir die Zeit der Pflegekräfte eigentlich auch dafür, die Angehörigen einzuarbeiten und die Besucherinnen und Besucher einzuarbeiten. Wir brauchen Reinigungspersonal, das Flächendesinfektion wirklich perfekt betreibt. Wir brauchen Aufbereitung der Medizinprodukte usw. Nur in diesem Gesamtpaket wird etwas Kluges daraus.

Wir lehnen den Gesetzentwurf der AfD ab. Mehr Kontrolle hilft nicht immer. Ich mache das mal konkret: Der Gesetzentwurf, den Sie vorlegen, strotzt vor implizierten Vorwürfen an die ärztlichen und pflegerischen Mitarbeitenden in Krankenhäusern. Sie sollen nach Fehlern suchen, sie sollen Beschwerden erheben. Auf Anregungen kommen sie schon gar nicht. Die Mitarbeiter in den Krankenhäusern tragen gut lesbare Namensschilder. Sie dokumentieren alles, was bei drei nicht auf dem Baum ist. Das Meldesystem aber soll anonym funktionieren. Die Vorschläge in Ihrem Gesetzentwurf machen damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir doch so dringend brauchen, die unsere Wertschätzung brauchen und die Motivation brauchen, nicht zur Lösung, sondern sie machen die Mitarbeiter zum Problem. Ich halte das für einen ganz falschen Ansatz. Ich danke den Pflegekräften, den Ärztinnen und Ärzten und den Reinigungskräften. Ich danke auch den Verwaltungsmitarbeitenden, die dem ärztlichen und pflegerischen Personal den Rücken freihalten, damit unsere bayerischen Patientinnen und Patienten bestens versorgt werden und –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit?

Barbara Becker (CSU): Das ist der letzte Satz, – auch hygienisch sicher gesund werden können. Sie brauchen unsere Anerkennung und unser Vertrauen. Sie brauchen verlässliche Arbeitsbedingungen, unter denen man gerne arbeitet. Diesen Gesetzentwurf brauchen sie nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie können am Rednerpult bleiben. – Der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Kollegin Becker, Sie haben einen wunderbaren Eisvergleich gebracht. Um bei Ihrer eigenen Wortwahl zu bleiben: Nicht immer bekommen die Kinder ein Eis, wenn Sie zum Beispiel nicht brav waren oder sich zum Beispiel zu wenig um Patientensicherheit gekümmert haben wie in Ihrem Fall. Da muss man ganz klar festhalten: Wenn Sie das Ganze hier leicht ins Lächerliche ziehen und davon sprechen, dass sich der Keim aussucht, ob er in ein Einzelzimmer oder in ein Doppelzimmer geht, dann verkennen Sie einfach die Lage, wie es mit MRSA und MRGN in bayerischen Kliniken aussieht. Sie stellen heute selber Anträge zum Thema Antibiotikaresistenzen. Da wundert es mich schon, dass Sie bei unserem Antrag mit diesem Thema so flapsig umgehen.

(Alexander König (CSU): Das war nicht flapsig, das war sehr sachlich!)

Die bayerischen Kliniken haben Nachholbedarf. Sie haben definitiv Nachholbedarf. Das ist nicht die Schuld der Pflegerinnen und Pfleger, des ärztlichen Personals oder gar der Verwaltung. Das ist unsere Schuld, dass wir diese Vorgaben noch nicht allzu umfangreich vorgegeben haben. In anderen Ländern, beispielsweise den skandinavischen Ländern –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende!

Andreas Winhart (AfD): – sind Einzelzimmer genauso wie universelle Waschung Standard. Denken Sie auch an die Sicherheit des Klinikpersonals.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben nur eine Minute für eine Zwischenbemerkung!

Andreas Winhart (AfD): Ja, das ist richtig. – Aber wir haben genauso die Sicherheit des Pflegepersonals – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Abgeordneter. Eine Minute. – Bitte, Frau Becker.

Barbara Becker (CSU): Herr Winhart, ich würde das mit dem Eis gerne erklären. Das war der Versuch zu beschreiben: Wir haben diese Maßnahmen schon. Die Träger, die Mitarbeitenden organisieren sich diese Maßnahmen, die Sie fordern, zum Teil über QM-Systeme, die exzellent funktionieren. Das war der Eisvergleich. Ich komme nachher mal zu Ihnen nach hinten und erkläre es Ihnen noch genauer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Christina Haubrich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sie wollen multiresistente Keime bekämpfen? – Dann fangen Sie beim Personal und gut geschulten Hygienefachkräften an. Multiresistente Keime sind ein wirklich wichtiges Thema. Nicht nur bayern-, deutschland- und europaweit, sondern global müssen wir dieses Thema angehen, um zu verhindern, dass es immer mehr Antibiotika gibt, die im Ernstfall nicht mehr wirksam sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zu ergreifenden Maßnahmen sind umfangreich und lassen sich nicht auf wenige Einzelmaßnahmen reduzieren. Investitionen in die Krankenhäuser sind sicherlich sinnvoll; denn nicht zuletzt gibt es immer noch Krankenhäuser, die Investitionen teilweise selber finanzieren. Das sind die Gelder, die wir brauchen und die dann fehlen, um Personal einzustellen, das verhindern könnte, dass sich die multiresistenten Keime ausbreiten. Wir brauchen gut geschultes Personal, das die Leitlinien des Robert-Koch-Instituts, die ja da sind, umsetzen kann, Personal, das in ausreichendem Maße vorhanden ist, damit im Krankenhausalltag die Zeit da ist, die erforderlich ist, um alle Maßnahmen umzusetzen. Es braucht Personal, das eine Hygienefachausbildung hinter sich hat, und zwar nicht nur im ärztlichen, sondern auch im pflegerischen Bereich. Hier müssen Anreize geschaffen werden. In den Häusern muss eine Priorität darauf gelegt werden, dass alle, die im Haus tätig sind, geschult werden, auch das Personal, das von Zeitarbeitsfirmen kommt und das Krankenhaus reinigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ziehen wir die Niederlande als Beispiel heran. Die Niederlande und andere Beneluxstaaten sind in Sachen Infektion und Bekämpfung von MRSA-Neuinfektionen sehr weit. Dort geht es aber nicht nur um Einzelzimmer. Dort wird jeder Patient auf MRSA-Keime getestet, nicht so wie in Deutschland, wo es von Klinik zu Klinik anders ist. Gleiches gilt für die Einschätzung, ob ein Patient zur Risikogruppe gehört oder nicht. Das wird dort auch anders als in Deutschland gehandhabt. Da müssen wir ansetzen. Wenn es um die Vermeidung von Neuinfektionen mit multiresistenten Keimen geht, geht es in erster Linie um die Einhaltung von Hygienevorschriften und um Isolation.

Nun zum zweiten Teil Ihres Gesetzentwurfs, in dem es um Patientensicherheit geht. Auch uns ist die Sicherheit von Patientinnen und Patienten extrem wichtig. Egal, um welchen Bereich im Krankenhaus es sich handelt: Alle Themen werden immer auch unter dem Gesichtspunkt der Patientensicherheit diskutiert.

Es wird auch schon einiges getan. Es gibt Beschwerdestellen, Patientenbeauftragte und Risikomanagement. Mir ist es zu kurz gegriffen, wenn der Einzelfall eines psychisch kranken Täters mit hoher krimineller Energie als Grundlage für einen Gesetzentwurf genommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können die kriminelle Energie jedes Einzeltäters nicht mit letzter Konsequenz vorhersagen, weil es einfach schwerfällt, sich in den Kopf eines solchen Täters hineinzusetzen. Wir können aber das Klinikpersonal maximal unterstützen; denn dieses bemerkt einen Medikamentenmissbrauch doch am ehesten. Die Forderung, solche Vorgänge direkt ans Staatsministerium zu melden, könnte für den einen oder anderen sogar eine Hürde darstellen, die dazu führen könnte, dass nicht gemeldet wird. Wir müssen hier niederschwellige Unterstützungsangebote finden.

Aus meiner Sicht bewirkt Ihr Gesetzentwurf nur mehr Überwachung, löst aber keines der wirklich wichtigen Probleme im Krankenhaus. Wir werden diesen Gesetzentwurf deshalb ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächste Rednerin kommt die Kollegin Susann Enders von den FREIEN WÄHLERN. – Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der AfD zur Gewährleistung der Patientensicher-

heit durch Förderung von Einzelzimmern und durch Einführung von Kontrollmechanismen in Krankenhäusern geht an den tatsächlichen Problemen der Krankenhäuser in der Fläche total vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Diese Häuser sehen sich einer Finanzierung über das DRG-System ausgesetzt, die nicht in allen Fällen bedarfsgerecht funktioniert. Meine Damen und Herren, ich wiederhole mich, denn ich habe Ihnen das bereits am 17.07. bei der Ersten Lesung in der Plenarsitzung gesagt. An dieser Finanzierung hat sich leider bis heute auch nichts geändert.

Ich halte daher die Forderung nach durchgängigem Einzelzimmerstandard in bayerischen Krankenhäusern für den absolut falschen Ansatz. Die Empfehlung der KRINKO zu Einzelzimmerunterbringung erstreckt sich nicht durchgehend auf alle Patienten, sondern es besteht eine Abhängigkeit von bestimmten Faktoren wie zum Beispiel dem jeweiligen multiresistenten Erreger sowie der Infektionsanfälligkeit des betroffenen Patienten.

Einzelne MRSA-Patienten sind nach Möglichkeit in einem Zimmer mit eigener Nasszelle unterzubringen. Anders sieht es aber bei mehreren MRSA-Patienten aus, die durchaus getrennt von allen anderen Patienten zu mehreren in einem Zimmer untergebracht werden können. Ich rede hier freilich nicht von den Patientensälen, in denen acht Patienten gemeinsam liegen, wie ich sie noch in meiner Ausbildung kennengelernt habe. Solche Zeiten wollen wir alle nicht mehr. Es ist aber einfach der falsche Ansatz, grundsätzlich Einzelzimmer zu fordern.

Beim Auftreten von MRGN, einem anderen Keim, sind die Patienten, die mit 4MRGN infiziert sind, zu isolieren. Handelt es sich dagegen um einen MRGN-Stamm, der nur drei Resistenzen aufweist, können diese Patienten ganz normal mit anderen Patienten untergebracht werden. Wenn man also einen Antrag stellt und ein Problem lösen möchte, muss man sich auch mit der Thematik auskennen.

Hier gilt es zum Beispiel nur in Risikobereichen zu isolieren, zum Beispiel in Intensivstationen, neonatologischen und hämatologisch-onkologischen Stationen.

Darüber hinaus empfiehlt die KRINKO eine Isolierung von VRE-positiv-Patienten erst beim Auftreten sowie mehreren antibiotisch therapiebedürftigen Infektionen durch VRE. Das sind Standards, die in Bayern bereits gelten.

Die Berücksichtigung von Hygiene- und Patientensicherheit bildet seit jeher einen ganz zentralen Schwerpunkt in unserer bayerischen Krankenhausinvestitionsfinanzierung. Die Grundlage für Fördermaßnahmen des Freistaats bilden die in fachübergreifender Zusammenarbeit unter anderem mit dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit erarbeiteten Empfehlungen für hygiene-relevante Betriebsstellen sowie die räumliche und strukturelle Gestaltung der Patientenbereiche. Diese Standards basieren auf den derzeitigen medizinischen Erkenntnissen und werden regelmäßig überprüft. Aktuell ist also kein Anpassungsbedarf, wie im Antrag der AfD gefordert, gegeben.

Nur mal eine Hausnummer: Wir haben seit 1972 hier in Bayern 23 Milliarden Euro für aktive Investitionen in Krankenhäusern ausgegeben. Ebenso bestehen bereits, wie im zweiten Teil Ihres Antrags gefordert, Regelungen zur internen krankenhau-organisatorischen Patientensicherheit.

Die Patientensicherheit ist ein wichtiges Anliegen, das den Kern vieler bestehender Regelungen bildet. Alle Krankenhäuser sind bereits nach geltendem Recht dazu verpflichtet, ein anonymes Fehlermeldesystem vorzuhalten, das CIRS. Jeder, der

sich im Krankenhausbereich auskennt, weiß, dass durch CIRS schon Fehler und Probleme gemeldet werden, bevor es überhaupt zu einem Zwischenfall gekommen ist; einfach nur deshalb, um einen solchen beim nächsten Mal verhindern zu können.

Ebenso besteht bereits jetzt die Verpflichtung dazu, ein patientenorientiertes und strukturiertes Beschwerdemanagement vorzuhalten. Ich erinnere an § 135a Absatz 2 Nummer 2 SGB V.

Es ist also sichergestellt, dass der Freistaat Bayern nicht grundlos in die innere Organisation von Krankenhäusern eingreift. Dieser Grundsatz hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Wir lehnen den Antrag der AfD daher ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nun hat die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren über diesen Gesetzentwurf ja schon zum dritten Mal. Wir hatten ihn bereits in der Ersten Lesung und haben ihn auch schon im Gesundheitsausschuss besprochen. Dort habe ich schon sehr ausführlich Stellung genommen und muss mich jetzt leider wiederholen. Dafür können Sie aber nichts; denn es ist natürlich notwendig, auch die Zweite Lesung durchzuführen.

Für die Patientensicherheit sind Einzelzimmer nicht entscheidend. Einzelzimmer sind für manche Patienten gut, für andere aber weniger bedeutsam. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Verweildauer in den Krankenhäusern stetig sinkt.

Sie sagen, der Freistaat solle seine Investitionsförderung künftig davon abhängig machen, dass grundsätzlich nur noch Einzelzimmer vorzuhalten sind. Wir halten das nicht für dringend notwendig. Wir brauchen das Geld dringender für Behandlungsqualität, für das Personal, die Ärzte und Pflegekräfte sowie die Reinigungskräfte. Auch soll das Geld nicht deshalb zweckentfremdet werden, weil die eigentlichen Investitionen nicht hoch genug gefördert werden.

Ich habe Sie schon zweimal darauf hingewiesen, dass Sie die Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention falsch zitiert haben. Die Kommission schreibt nicht vor, Einzelzimmer seien nötig, um multiresistente Keime einzudämmen. Stattdessen sei es nötig, einen Patienten, der sich einen solchen Keim eingefangen hat, in ein Einzelzimmer zu verlegen. Das ist natürlich etwas Anderes. Den zweiten Teil Ihres Gesetzentwurfes haben Sie fast wörtlich von einem Gesetz abgeschrieben, das im Oktober vergangenen Jahres in Niedersachsen von der dortigen rot-schwarzen Regierung verabschiedet worden ist. Allerdings gibt es zwei entscheidende Unterschiede: Der eine ist, dass nach Ihrer Meinung Patientenfürsprecher vom Träger einzusetzen sind. Das sehen wir nicht so. Wir meinen, es sollte dabei bleiben, dass die Patientenfürsprecher weiterhin von den kommunalen Parlamenten, von den Kreisräten und Stadträten, gewählt werden und damit auch demokratisch legitimiert sind.

Der zweite Unterschied ist, dass Sie bei den Whistleblowern und Hinweisgebern – ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt – auf völlig anonyme Anzeigen setzen. Ich habe große Sorge, dass damit das Denunziantentum gefördert wird. Es muss klar sein, dass jeder Vorwurf, der erhoben wird, auch überprüft werden kann und nicht einfach so in den Raum gestellt werden kann. Sonst führt das nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer extremen Verschlechterung der Situation auf den Stationen.

Deswegen können wir Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Herr Winhart, Herr Magerl, was sollen Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, Reinigungskräfte und Verwaltungskräfte, all diejenigen, die in den Krankenhäusern arbeiten, denken, wenn sie Ihren Gesetzentwurf lesen? – Wer Misstrauen sät, wird Misstrauen ernten! So viel sollte Ihnen klar sein.

(Beifall bei der FDP)

Nachdem ich in der Ersten Lesung zu wenig Zeit hatte, um auf Ihren Vorschlag, dass bis 2035 Einzelzimmer Standard in den Krankenhäusern in Bayern sein sollen, vertieft einzugehen, möchte ich das nun schwerpunktmäßig tun.

Sie begründen Ihren Gesetzentwurf damit, dass das Risiko einer nosokomialen Infektion im Einzelzimmer geringer sei als in Mehrbettzimmern. Bei der Refinanzierung und den Kosten Ihres Unterfangens bleiben Sie allerdings vage – wohl aus gutem Grund. Unseres Erachtens ist Ihre Forderung gleich aus mehreren Gründen abzulehnen:

Erstens. Die Entwicklung hin zum Einzelbettstandard würde unser Gesundheitssystem sehr viel Geld kosten. Dieses Geld könnte an anderen Stellen sehr viel sinnvoller eingesetzt werden.

Zweitens. Sie schalten das Risiko einer im Krankenhaus erworbenen Infektion nicht aus, indem Sie alle Patienten in Einzelzimmer verlegen. Der kritische Punkt ist immer der Mensch, dass also im schlimmsten Fall die Erreger von Bett zu Bett getragen werden.

Sie haben in Ihrer Begründung die Niederlande angeführt. Ein MRSA-Management wie bei unseren Nachbarn würde auch uns gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Die Forderung nach Einzelzimmern widerspricht Ihrer Forderung nach mehr Patientensicherheit. Wir als Freie Demokraten halten Ihre wenn auch gut gemeinten Vorschläge für den absolut falschen Weg, um die Patientensicherheit in bayerischen Kliniken zu verbessern. Nicht mit Zwang, sondern mit Überzeugung erreicht man die besten Ergebnisse.

Aus finanz- und personalpolitischer Perspektive wäre Ihr Gesetzentwurf pures Gift in der eh so angespannten Situation in den Kliniken. Was die Menschen im Gesundheitswesen brauchen, ist nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Bürokratie.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/3036 zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das

sind FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, GRÜNE. Ich bitte, Enthaltungen anzuzeigen. – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7
der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage...)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist das Antragspaket der FDP-Fraktion betreffend "Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen", Nummern I bis IV, Drucksachen 18/2726 mit 18/2729, das auf Wunsch der FDP-Fraktion einzeln beraten werden soll. Ebenso von der Abstimmung ausgenommen ist der Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/3067 betreffend "Europäischen Sozialfonds abwikkeln – Zentralisierung stoppen!". Auch zu diesem Antrag wurde eine Aussprache beantragt. Soweit zeitlich noch möglich, werden die Anträge nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen, ansonsten werden sie auf die Sitzung am 12. November verschoben.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage ...)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe, das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Auch der Kollege Swoboda (fraktionslos) schließt sich dem an. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann,
Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
Neubewertung von Reaktivierungskriterien (Drs. 18/1192)**

Bevor ich die Aussprache eröffne, teile ich Ihnen mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem bisherigen Nein zu unserem Antrag verweigern Sie, liebe Kolleginnen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, dem ländlichen strukturschwachen Raum die gebotene, ja die verfassungsrechtlich geforderte Wertschätzung.

(Tobias Reiß (CSU): Eine bodenlose Unterstellung ist das!)

Der Kollege Baumgärtner hat bei den Beratungen im Ausschuss den Antrag als "gut gemeint, aber schlecht gemacht" bewertet.

(Tobias Reiß (CSU): Genau so ist es!)

In diesem Zusammenhang darf ich, lieber Kollege Reiß, auch Sie darauf hinweisen, dass das, was in unserem Antrag wiederholt wird, nicht nur das Ergebnis der

Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" in der letzten Legislaturperiode ist, sondern zuletzt auch vom Plenum einstimmig mit den Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER verabschiedet wurde. Ich darf zitieren:

Das für die Streckenreaktivierung vorausgesetzte Kriterium "Mindestzahl von Fahrgästen" sollte überprüft werden und durch andere Kriterien zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit ergänzt werden.

Denn das bisherige bayernweit genutzte Reaktivierungskriterium von 1.000 Fahrgastkilometern erweist sich bayernweit als nicht sachgerecht und falsch.

Das ist unserer Zielsetzung, gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengerechtigkeit in ganz Bayern, abträglich. Deswegen gab es noch in der letzten Periode die einmütige Bewertung, dass wir von diesem Kriterium wegmüssen.

Ich will Ihnen das anhand eines Beispiels aus meiner Heimat, der Bahnstrecke Gotteszell – Viechtach, illustrieren. Dort wird derzeit ein Probetrieb gefahren. Die Erfahrungen sind gut, die Akzeptanz ist hoch; dieser Streckenabschnitt erweist sich auch als das Rückgrat des öffentlichen Personennahverkehrs. Gleichwohl können wir nach den bisherigen Erfahrungen und Zahlen prognostizieren, dass die tausend Fahrgastkilometer nicht erreicht werden können, und zwar nicht deswegen, weil die Akzeptanz unzureichend wäre, sondern banal deswegen, weil wir eine relativ dünn besiedelte Region sind, in der die Bedeutung der Strecke und die Akzeptanz nicht allein mit dem Kriterium der Fahrgastkilometer zum Ausdruck gebracht werden können.

(Beifall bei der FDP, der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dass es auch anders geht, will ich Ihnen an der Praxis der Staatsregierung bei den Staatsstraßen illustrieren; da wurden nämlich Lösungen gefunden. Da war es auch falsch zu sagen: Wir kümmern uns in ganz Bayern nur um Staatsstraßen, auf denen in 24 Stunden 10.000 oder 20.000 Kfz registriert werden. Das ist in Ballungsräumen natürlich klar, aber es gibt auch Staatsstraßen in bevölkerungsschwachen Regionen mit vielleicht nur 5.000 oder 8.000 Kfz pro 24 Stunden, die trotzdem finanziert und trotzdem für wichtig gehalten werden. Bei den Staatsstraßen nennen wir das eine Frage der raumordnerischen Relevanz. Bei den Staatsstraßen wird eine Raumwirksamkeitsanalyse angestellt. Das oder Ähnliches wollen wir eben auch bei der Bewertung der Bahnlinien haben und nicht allein abstrakte Zahlen, die den bayernweiten Verhältnissen insgesamt nicht gerecht werden.

Unser Antrag hat nicht schon eine bestimmte Lösung zum Inhalt, sondern ist ein Aufruf, noch einmal nachzudenken, um bayernweit zu gerechten Lösungen zu kommen. Lieber Kollege Baumgärtner, bei den Staatsstraßen geht es; dann muss es doch auch bei den Bahnlinien möglich sein. Darüber bitte ich, noch einmal nachzudenken und zu einer anderen Haltung zu kommen, als wir sie bisher im Ausschuss erlebt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Baumgärtner von der CSU-Fraktion.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Grundsatz der FDP lautet ja eigentlich Einsatz und Ergebnis sollen im optimalen Verhältnis zueinander stehen. Herr Kollege Muthmann, ich spüre, bei der FDP sind Sie noch nicht ganz angekommen. Aber im Landtag sind Sie es und ich glaube, das andere kriegen wir in den nächsten Jahren auch noch hin.

Heute zu formulieren, man wolle unbedingt eine Reaktivierung, ohne auf die Ökologie zu schauen, erinnert mich sofort an das Motto: Eigentlich bin ich schon für Ökologie, und ich bin schon für Umweltschutz, aber wenn es mich dann persönlich trifft, nehme ich ein wenig Abstand davon.

Ihr heutiger Vergleich der Staatsstraßen mit einer Reaktivierung der Bahnen hinkt wirklich ohnegleichen. Wenn wir über Staatsstraßen reden, dann reden wir darüber, dass wir Ressourcen zur Verfügung stellen. Bei der Reaktivierung von Bahnen ist immer zu fragen, ob man in der Lage ist, den gleichen Nutzen effizienter und effektiver zu organisieren. Hierzu muss ich feststellen, dass ein Bus 80 Prozent günstiger ist als die Reaktivierung einer Bahn. 80 Prozent! Busse haben eine deutlich bessere Ökobilanz als die mögliche Reaktivierung einer Bahn. Das sind die Fakten.

Sie sagen heute: Wenn ihr nicht für die Reaktivierung der Bahnen seid, dann stellt ihr euch sofort gegen den ländlichen Raum. Da kann ich Ihnen als Vertreter des ländlichen Raums zurufen: Uns im ländlichen Raum ist es völlig egal, womit wir fahren. Hauptsache, wir sind in der Lage zu fahren. Das ist unser Thema.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Wir als CSU streben passgenaue Möglichkeiten und passgenaue Lösungen für ganz Bayern an. Die Ressourcen, meine Damen und Herren, werden in den nächsten Jahren nicht mehr werden. Sie werden im Übrigen auch deshalb nicht mehr werden, weil es die GRÜNEN fertiggebracht haben, unsere Schlüsselindustrie kaputtzureden. Das ist die Situation.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN – Das Steueraufkommen und der Wohlstand sind dieser Schlüsselindustrie geschuldet. Wenn diese nicht mehr vorhanden sind, werden wir über Effizienz und Effektivität auch im ÖPNV reden müssen. – Tobias Reiß (CSU): Genauso ist es! – Zurufe von den GRÜNEN – Ich bin also sehr für passgenaue Lösungen für ganz Bayern. – Jetzt erzählen Sie immer, die Enquete-Kommission habe beschlossen, wir würden das alles verändern. Lesen Sie einmal genau nach, was dort beschlossen worden ist. Man hat vereinbart, das Tausender-Kriterium zu überprüfen und durch neue Wirtschaftskomponenten zu ergänzen. Ja, was glauben Sie denn? Glauben Sie wirklich, dass all diese Kriterien, wenn die Staatsregierung im Ausschuss berichtet, nicht noch einmal überprüft worden sind? – Selbstverständlich sind sie überprüft worden und man kam zu dem Ergebnis, dass diese Kriterien richtig, sachgerecht und stringent sind. Deshalb, glaube ich, sind diese Kriterien wichtig und gut. – Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN: Nein! – Wir haben in der Enquete-Kommission auch festgelegt, dass wir uns über ein Eisenbahninfrastrukturgesetz auf Landesebene Gedanken machen. – Einverstanden. Wir müssen über den touristischen Verkehr reden. – Einverstanden. Aber noch einmal: Das Wichtigste für uns sind bezahlbare Lösungen in ganz Bayern. – Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Sie sprechen immer vom Tausender-Kriterium. Ich will es einmal übersetzen. Das würde eine Diesellok und 25 Personen in einer Stunde bedeuten. Das kann doch keiner wollen, weder die GRÜNEN noch die FDP. – Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Man muss erkennen, Herr Kollege, dass die Bahn ein Massenverkehrsmittel ist. Deshalb reicht es nicht, wenn drei, vier oder fünf Menschen einsteigen. Noch einmal: Es ist wichtig, Busse zu organisieren, in die drei, vier oder fünf Menschen einsteigen, es ist wichtig, dass wir gute Lösungen erreichen. – Frau Kollegin Aures hat es beim letzten Mal formuliert: Wir diskutieren im ländlichen Raum darüber, dass am Tag nur zwei Busse kommen. Insoweit müssen wir besser werden, und dabei

ist die Staatsregierung dank Ministerpräsident Söder auf einem guten Weg. – Benjamin Adjei (GRÜNE): Wir brauchen beides! – Dann höre ich immer, Wasserstoff sei eine gute Idee. Ich sage Ihnen: Ja, die Wasserstofftechnologie ist eine gute Idee. Die müssen wir auch vorantreiben. Aber wir müssen genau schauen, wo Wasserstoff hergestellt werden. Schauen wir uns die Ökobilanz an. Wir brauchen die Infrastruktur für Wasserstoffzüge und wir brauchen die Wartungsanlagen. Auch müssen wir wirklich noch einmal schauen, ob der Wasserstoffzug auf kleinen Strecken, wie es bei Reaktivierungen normalerweise der Fall ist, die richtige Antwort ist. – In der Summe lehnen wir Ihren Antrag ab, weil er nicht stringent argumentiert, weil er falsch ist, weil er den ländlichen Raum nicht vorwärtsbringt. Letztlich lehnen wir ihn auch deswegen ab, weil wir Ihnen keine Möglichkeit der Profilierung in Ihrem Stimmkreis geben wollen. Das ist nämlich der einzige Grund für die Antragstellung. – Vielen herzlichen Dank. – Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Herr Kollege Dr. Markus Büchler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir gerade gehört haben, was du, lieber Jürgen, vorgebracht hast,

(Tobias Reiß (CSU): Das war sehr gut! – Zuruf von der CSU: Das war hervorragend!)

bringt sehr gut auf den Punkt, was die Staatsregierung, was die CSU, seit Jahrzehnten vollzieht:

(Tobias Reiß (CSU): Fakten statt Ideologie!)

die Perspektive durch die Windschutzscheibe, Politik für das Auto, Straßenbau, Straßenbau und Straßenbau.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU))

Das verstehen Sie unter Verkehrspolitik, insbesondere für den ländlichen Raum. Das greift zu kurz. Wir brauchen endlich etwas anderes, nämlich einen massiven Ausbau des ÖPNV. Das Rückgrat des ÖPNV ist aber die Schiene, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Tausender-Kriterium, das Herr Kollege Muthmann für die Strecke von Gotteszell nach Viechtach angeführt hat, ist ein Verhinderungskriterium für den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum und muss endlich weg. Auch andere Bundesländer haben es längst abgeschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Ein Ökologie-Modell ist das!)

Der VDV, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, fordert genau das Gleiche in einer ganz langen Liste für die Reaktivierung von Bahnstrecken in Bayern. Das sind doch keine Ideologen, wie du, lieber Jürgen, im Ausschuss gesagt hast. Du hast gesagt, das Eisenbahnfahren im ländlichen Raum und das Reaktivieren von Bahnstrecken sei eine Ideologie. Ich glaube nicht, dass der VDV verdächtig ist, Ideologen zu beschäftigen. Das sind Fachleute, und die fordern Reaktivierungen in Bayern, 18 Stück an der Zahl. Ideologisch ist meiner Meinung nach nur, auf dieser Zahl 1000 stur herumzureiten, eine erfolgreiche Reaktivierung, wie wir sie mit der Strecke Gotteszell – Viechtach haben, zu torpedieren und diese Strecke möglicherweise aufs Abstellgleis zu schieben. Das ist Ideologie, lieber Jürgen Baumgärtner.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner (CSU))

Du hast auch gesagt, wenn nur zweimal am Tag der Bus kommt, ist das kein alternatives Angebot. Das sehen wir genauso. Darin sind wir uns einig. Bayern ist beim ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum, absolut rückständig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bayern muss hier nachholen. Bayern braucht den Stundentakt auch auf dem Land, in jedem Dorf, so wie es andere Länder, unter anderem Baden-Württemberg, aufziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Die haben keine Ahnung!)

Rückständig ist Bayern auch anderweitig. Es gibt ja nicht nur das eine Reaktivierungskriterium von 1.000 Personen pro Streckenkilometer, sondern das geht so weit, dass als Kriterium gefordert wird, dass dem Freistaat Bayern an der Strecke kein einziger Euro an Investitionen entsteht.

Bayern will kein Geld für die Schieneninfrastruktur ausgeben. Bayern sagt, hierfür sei der Freistaat nicht zuständig. Die Staatsregierung deutet mit dem Finger auf den Bund. Ich frage Sie: Ist denn Bayern zuständig für die Raumfahrt? – Das ist es ganz bestimmt nicht, und trotzdem haben Sie zwei Milliarden dafür übrig.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir machen doch keine Raumfahrt! Lesen Sie nicht die Papiere?)

Reparieren Sie lieber Bayerns Gleise. Davon haben wir alle mehr, insbesondere im ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder legen Sie einen Schienennahverkehrsplan vor und hören Sie auf, das Gesetz zu brechen. Sie sind als Staatsregierung gesetzlich verpflichtet, alle zwei Jahre einen neuen Schienennahverkehrsplan vorzulegen und tun es seit 2003 nicht. Seit 2003 warten wir auf einen neuen Schienennahverkehrsplan. Darin könnte auch systematisch stehen, welche Schieneninfrastruktur wir in Bayern brauchen, um ein gutes öffentliches Verkehrsangebot zu schaffen. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Staatsregierung handeln müsste: Schaffen Sie doch, wie in Baden-Württemberg, ein Schieneninfrastrukturgesetz, in dem Investitionsmittel für die Strecken im Schienenverkehr bereitgestellt werden; auch wenn der Bund für die Gleise zuständig ist, wollen wir doch den Schienenverkehr in Bayern für unsere Bürgerinnen und Bürger zeitnah verbessern und auf die Beine stellen. Mit einem Schieneninfrastrukturgesetz könnten insbesondere Mittel für die nicht bundeseigenen Nebenbahnen bereitgestellt werden. Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg kann das. Wir brauchen das auch in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reden gerne von gleichwertigen Lebensverhältnissen. Das tun Sie zu Recht, weil das für uns in Bayern auch ein Verfassungsauftrag ist. Deswegen appelliere ich noch mal an Sie: Geben Sie sich einen Ruck, schaffen Sie mehr Möglichkeiten für den Schienenverkehr als Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum. Geben Sie dem Schienenverkehr eine Chance; machen Sie den Weg frei für eine Chance für die Fuchstalbahn, für die Ilztalbahn, für die Steigerwaldbahn, für die Bahn von Gotteszell nach Viechtach, von Volkach nach Seligenstadt, von Dombühl nach Wilburgstetten usw. und so fort, wie die ganzen stillgelegten Strecken in Bayern alle heißen.

Wir brauchen neue Kriterien in Bayern, so, wie es die anderen Bundesländer gemacht haben. Meine Damen und Herren, durch die richtige Abstimmung können Sie jetzt den Weg dafür freimachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Baumgärtner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Baumgärtner, bitte. Sie habe eine Minute.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Kollege, Sie sind ja ein ausgesprochener Fachmann.

(Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Das eint uns!)

Ich habe zwei Fragen.

Meine erste Frage ist: Mensch, wie machen das denn die anderen Bundesländer, und wie sind die Erfahrungen dort?

Meine zweite Frage ist: Sie haben die Gotteszell-Bahn angesprochen. Ich gehe also davon aus, dass Sie sich dort gut auskennen. Was kostet uns die Gotteszell-Bahn, und was würde uns bei gleicher Leistung ein Busverkehr kosten? – Diese beiden Fragen hätte ich gern beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Die Erfahrungen mit Reaktivierungen in anderen Bundesländern – das können die Statistiken vom VDV genau nachweisen – sind in aller Regel weit über den Prognosen, die vorher gemacht werden, teilweise beim Zwei- und Dreifachen, in Baden-Württemberg, in Hessen, in Niedersachsen usw.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen Baumgärtner (CSU): Die Fragen, die Fragen, die Fragen! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist keine Antwort!)

Zur Teilfrage zwei: Ja, es kann sein, dass insbesondere in Anlaufphasen der Schienenverkehr für uns teurer ist als der Busverkehr. Aber man muss auch sehen, dass der Busverkehr von den Fahrgästen schlechter angenommen wird. Insofern ist das eine Investition, die wichtig ist, um ein attraktives ÖPNV-Angebot in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen Baumgärtner (CSU): Sie wissen es nicht! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie wissen es nicht!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bevor der nächste Redner kommt, möchte ich darauf hinweisen, dass der Geräuschpegel sehr hoch ist. Es gibt viele Gespräche über verschiedene Sitzreihen hinweg. Das ist einfach laut und störend. – Als Nächstes hat nun Herr Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass die Emotionen wieder ein bisschen runtergefahren werden, weil es alles nicht so schlimm ist, wie es momentan scheint.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Ich sage Ihnen, warum: Im Koalitionsvertrag wurde die Reaktivierung von Bahnstrecken, wo es sinnvoll und möglich ist, ganz klar festgeschrieben. Das war und ist auch zum heutigen Zeitpunkt noch ein zentrales Thema der FREIEN WÄHLER. Meine Damen und Herren, genau diesbezüglich wurde in diesem Hohen Haus der

Antrag der Regierungskoalition auf Drucksache 18/2107 mit Zustimmung der Fraktionen der SPD, der FDP, von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD positiv beschieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt kommen wir zu den Fakten zurück!)

Der Antrag wurde positiv beschieden mit der eindeutigen Prämisse gleichwertiger Lebensbedingungen und Stärkung des ländlichen Raumes. Wir alle wissen, dass eine zentrale Herausforderung ländlicher Räume in der Mobilität der Menschen liegt. Eine geringere Bevölkerungsdichte und ländliche Strukturen erfordern spezielle Lösungen für Mobilität. Wege zur Arbeit, zum Einkaufen, zur ärztlichen Versorgung sowie zur Freizeit werden dort fast ausschließlich im Individualverkehr zurückgelegt. Ein wichtiger Grund ist, dass der ÖPNV und der Schienenpersonennahverkehr im Vergleich zum eigenen Auto häufig weniger attraktiv sind.

Vor diesem Hintergrund wurden im Freistaat Bayern in der vergangenen Zeit vielfältige Mobilitätskonzepte für ländliche Räume entwickelt. Meine Damen und Herren, ihnen ist jedoch die Konzentration auf individuelle Verkehre oder auf Verkehrssektoren gemein. So umfassen die meisten Konzepte entweder den ÖPNV, den SPNV oder den Individualverkehr.

Integrierte, ganzheitliche Ansätze, welche die Sektoren in ihren Verkehren zusammendenken, gibt es bisher in ländlichen Räumen fast nicht. Mobilität in ländlichen Räumen wird zukünftig aber durch gesellschaftliche und technologische Entwicklungen dramatisch beeinflusst werden. Der demografische Wandel betrifft speziell ländliche Räume. Der Rückgang der Schülerzahlen führt heute schon zu einer fehlenden Finanzausstattung des ÖPNV im ländlichen Raum. Geringe ÖPNV-Nutzerzahlen, auch aufgrund einer gewissen Autoaffinität, verstärken diesen Effekt. Genau darum haben wir, wie gesagt, am 15.10.2019 diesen Antrag eingebracht.

Eine klare Zielsetzung dieses Antrags ist die Entwicklung eines kokreativen Prozesses zur Erstellung eines ganzheitlichen, zukunftsorientierten Mobilitätskonzeptes. Die Menschen und Nutzer, sprich: die Alltagsexpertinnen und Alltagsexperten, vor Ort mitzunehmen, alle Verkehrsträger wie den öffentlichen Personennahverkehr, Bedarfsverkehre, Schienenpersonennahverkehr, Fahrrad, Pkw, Taxi wie auch andere Mobilitätsangebote sollen hierbei berücksichtigt werden.

Sie sehen, wir denken weiter. Wir denken nicht nur in Sektoren. Wir denken ganzheitlich und integriert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ebenso wichtig ist, dass die Schnittstellen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern in den Blick genommen werden; das heißt die Fragen, wie Vernetzungsangebote erfolgen können, oder ob landkreisüberschreitende Angebote durch die Gründung von Nahverkehrsverbänden gemacht werden können. Auch die Möglichkeiten der gegebenen digitalen Situationen müssen berücksichtigt werden.

Wenn Sie von der FDP unseren Antrag gelesen hätten, hätten Sie gesehen, dass in unserem Antrag auch die Bemessungsgrenze aufgeführt wurde, die für die Reaktivierung des Schienenpersonennahverkehrs nicht der ausschlaggebende Punkt sein kann. Meine Damen und Herren, das war bereits am 15.10. Inhalt unseres Antrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie sehen, wir denken die Mobilität in ländlichen Räumen neu. Die FDP schmückt sich ja immer wieder damit, innovativ zu sein. Aber dieser Antrag zeugt nicht von Innovation.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Neoliberale Mottenkiste!)

Unser Antrag zeugt von Innovation des ganzheitlichen Denkens. Ihr Antrag ist rückwärtsgewandt und nur ein kleiner Baustein von dem, was wir verfolgen.

Meine Damen und Herren, ein Pilotprojekt, das wir angehen wollen, steht kurz bevor. Ihr Antrag ist zum heutigen Zeitpunkt überflüssig, weil wir das schon vor Wochen beantragt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Eibl, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Toni Schuberl vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Eibl, lieber Manfred, die Bahnstrecke Gotteszell – Viechtach ist im Probebetrieb und erreicht derzeit das Tausender-Kriterium nicht. Wenn der Probebetrieb vorbei ist und das Tausender-Kriterium immer noch besteht, wird die Bahnstrecke dann eingestellt, und übernimmst du dann dafür die Verantwortung?

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verantwortung kann ich in meiner Funktion für gar nichts übernehmen. Ich kann nur sagen: Wir stehen kurz davor, eine Pilotregion zu definieren. Dort werden, wie gesagt, alle Verkehre mit eingebunden. Dort werden auch Vernetzungsmöglichkeiten in Betracht genommen werden, um eventuell auch eine Bahnstrecke Gotteszell – Viechtach zu stärken, damit die Zahl von tausend Fahrgästen einigermaßen erreicht wird. Wir haben ganz klar aufgeführt, dass das nicht das alleinige Kriterium sein kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Und wenn nicht?)

– Das kann ich nicht sagen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Dr. Ralph Müller von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Geschätzte Besucher des Bayerischen Landtags, verehrte Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion ist unpassend, nicht durchdacht und letzten Endes von der politischen Zielrichtung her schlecht ausgerichtet.

(Tobias Reiß (CSU): Dann könnte er fast von der AfD sein!)

Offensichtlich ist die unzulässige Verkürzung der Personenkilometer auf die zu reaktivierende Strecke als alleiniges Kriterium unbrauchbar. Es wird unterschlagen, dass die Strecke zum Beispiel als Zulieferer dienen kann, um den Fernverkehr der nächstgrößeren Stadt zu beflügeln. Einen zielführenden Lösungsvorschlag, beispielsweise zu solchen Aufgaben, liefern Sie nicht.

Ebenso kann die Strecke von einer kleinen Gemeinde zum nächstgelegenen Bahnhof auch kostengünstiger mit flexiblen Buslinien überbrückt werden. Diesen Ansatz könnten Kommunen bereits jetzt wesentlich schneller umsetzen. Darum geht es!

Ich nehme noch einmal Bezug auf die Verbindung von Gotteszell nach Viechba – Entschuldigung, Viechtach.

(Heiterkeit)

Hier hätte man mit dem Bus eine Fahrzeit von 30 Minuten. Mit dem Zug sind es eine Stunde und sieben Minuten. Damit sind wir beim Kernthema, bei der Genetik, um die es unserer Partei geht. Ich habe es in meiner ersten Rede hier im Bayerischen Landtag gesagt – Herr Baumgärtner hat dann meine Worte im Ausschuss dankenswerterweise aufgegriffen –: Es geht uns um Freiheit, Selbstverantwortung – hier auch im weiteren Sinne das Wort Subsidiarität – und Vernunft.

(Lachen bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Vernünftig ist neu!)

Offensichtlich geht es der FDP hier mehr darum, das Auto gegen den Zug auszuspielen. Es geht jedoch um die Wahlfreiheit der Bürger – zu wählen, welches Verkehrsmittel für sie am attraktivsten ist. Gerade die FDP als angeblich liberale Partei sollte diesen Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage sehr wohl verstehen.

Anstatt den Individualverkehr zu fördern und die bayerische Industrie dadurch nebenbei auch noch zu befördern – nämlich diejenigen, die die Mobilität produzieren –, wird dem Traum der überall verfügbaren Anbindung nachgelaufen – ein falscher Ansatz. Es ist jedoch schlicht unwirtschaftlich, für die morgendlichen und abendlichen Fahrten von zum Beispiel hundert Personen eine Strecke instand zu setzen. Nicht jedes Dorf benötigt einen Bahnhof – so schwer verständlich das für manche von Ideologie Geleitete auch sein mag.

Der Antrag der FDP zeugt auch von wenig Konsequenz. Wenn Sie es ernst meinen würden, gingen Sie in diesem Antrag noch weiter. So müsste der Freistaat zum Beispiel Anschubfinanzierungen leisten können, wenn der Zugverkehr sich langfristig selbst tragen kann. Eine komplette Ablehnung von Subventionen konterkariert jedoch Ihre Forderung. Oder ist es politisch nicht opportun, deutsches Steuergeld in Deutschland investieren zu wollen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Ralph Müller (AfD): Für den Rest der Welt – egal, ob legal oder illegal eingewandert, auf dem Weg hierher oder in seinem Heimatland verblieben – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Na endlich! Endlich kriegt er die Kurve! – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD) – Weitere Zurufe)

Dr. Ralph Müller (AfD): Da verpulvern Sie das Geld doch gerne zum größten Schaden Deutschlands!

(Unruhe)

Insgesamt – –

(Anhaltende Unruhe)

– Ruhe! – Insgesamt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet!

Dr. Ralph Müller (AfD): ist der Antrag schlecht.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet! Sie haben schon dreißig Sekunden überzogen und werden behandelt wie alle anderen Kollegen und Kolleginnen auch.

(Anhaltende Unruhe – Das Mikrofon wird abgeschaltet – Abgeordneter Dr. Ralph Müller spricht weiter)

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet!

Dr. Ralph Müller (AfD): Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Bitte schön!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Klaus Adelt von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Vorredner wieder zur Sache zurückzufinden, ist nicht einfach, das sage ich ganz ehrlich.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe in diesem Hohen Haus schon viele Gedankensprünge erlebt,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

aber was hier passiert, ist schon fast wie Fallschirmfliegen. Es sind keine Sprünge mehr, sondern es ist das Niederprasseln von "Geistesblitzen".

Den Antrag der FDP halten wir für gut. Er ist ein kleiner Baustein in der Verkehrswende zurück zur Bahn, dort, wo es möglich und notwendig ist. Mich wundert nur das Datum 26.03. Seither ist eine geraume Zeit vergangen, genauso wie eine geraume Zeit vergeht, bis man bei der Verkehrswende die Schienenthemen wieder in den Vordergrund gerückt hat.

Es wurde angesprochen, dass das Erfordernis von 1.000 Personen-Kilometern ein K.-o.-Kriterium für viele Strecken ist, weil nur an Werktagen und nicht an den Wochenenden gemessen wird. Es wurde die Ilztalbahn angeführt, die nur am Wochenende mit großem Erfolg fährt, und aus unserer gemeinsamen Heimat im Frankenwald, Jürgen Baumgärtner, die Rodachtalbahn bei Nordhalben. Es gibt also viele Strecken, die hier für den Tourismus eine nicht unerhebliche Bedeutung haben. Das alles sollte in die Vereinbarungen und in die Berechnungen einfließen.

Der große Vorteil der Reaktivierung von Bahnstrecken besteht darin, dass die Trasse meist schon längst vorhanden ist und auch die Schienen vorhanden sind. Leider sind die Schienen jedoch oftmals in einem sehr schlechten Zustand. Hier möchte ich dem Verkehrsminister, der hier sitzt, recht geben, der in der letzten Broschüre der Bahn geschrieben hat, für den Unterhalt seien die Netzbetreiber zuständig und für den Neubau die Bahn, weshalb man den Unterhalt oftmals sträflich vernachlässige. Wir von der SPD halten es deshalb für dringend notwendig, zu neuen Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bund und Land zu kommen.

Wir brauchen nicht darüber zu reden, dass die Bahn wichtig ist, denn das Auto allein kann es nicht mehr bewältigen. Mir ist es auch nicht egal, mit welchem Verkehrsmittel ich im ländlichen Raum fahre, aber ich bin eben oftmals gezwungen, mit dem Auto zu fahren, weil die Bahn nicht oder zu ungünstigen Zeiten fährt oder zu langsam ist. Was spricht aber dagegen, das zu verbessern? Nichts. Null. Das kann jederzeit gemacht werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es muss der Wille dafür da sein, und dieser Wille fehlt oftmals. Es ist halt einfacher, eine Straße zu bauen, als eine Bahn zu reaktivieren. Nebenbei bemerkt: Schienen sind nicht nur für den Personenverkehr, sondern auch für den Güterverkehr von Bedeutung. Das bleibt meistens außen vor. Es gäbe aber durchaus den einen oder anderen Anschließer an Nebenbahnstrecken, wenn er einen Gleisanschluss hätte und auch bedient würde. Auch hier ist eine Kehrtwende dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte zum Schluss kommen. Der Antrag ist ein kleiner Baustein. Ich halte ihn nicht für ideologisch besetzt, sondern er ist im Sinne der Verkehrswende. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Noch ein Hinweis zu "Dieselloks und ÖPNV": Wie würde ich mich als Eisenbahnfan freuen, wenn ich ÖPNV mit Dieselloks hätte. Diese gibt es mittlerweile nicht mehr, sondern mittlerweile sind das Triebwagen, die mit wenig Einsatz von Energie gut fahren. Das würde auch auf den reaktivierten Bahnstrecken der Fall sein. – Herzlichen Dank! Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Entschuldigung, Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Baumgärtner von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Ich habe drei Fragen. Erstens. Wie hoch ist der Nutzen der Rodachtalbahn in der Frage des Personennahverkehrs? Zweitens. Wie hoch ist der Nutzen der Rodachtalbahn beim Güterverkehr? Drittens. Kollege Adelt, Sie haben angesprochen, dass die Triebwagen weitaus weniger Energie bräuchten als angenommen. Vielleicht können Sie mir auch dazu etwas sagen. Wie viel Energie brauchen sie? Wie groß ist der Unterschied zum Beispiel zu einem Bus?

Klaus Adelt (SPD): Zum Energieverbrauch kann ich nur sagen, dass die Triebwagen der neuen Generation wesentlich weniger Energie verbrauchen, weil sie leichter und flexibler sind. Genaue Literzahlen müsste ich in meinen Handbüchern nachlesen. Die habe ich leider in Selbitz und nicht hier in München.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Zur Rodachtalbahn. Die ist dem Tourismus vorbehalten, weil sie eine Inselbahn ist und da kein durchgängiger Verkehr nach Kronach möglich ist. Aber das weißt du genauso gut wie ich. Wäre sie angebunden, wäre vielleicht mehr Verkehr möglich, aber sie ist nicht angebunden.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die Staatsregierung hat nun der Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über Reaktivierungen kann man sich trefflich streiten. Es lohnt sich, glaube ich, über jede Reaktivierung zu diskutieren und darum zu ringen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns bei der ganzen Sache auch immer ehrlich machen. Wir müssen uns ehrlich machen dahin gehend, dass eine Reaktivierung auch Sinn machen muss. Sie muss ökologisch und ökonomisch Sinn machen. Dafür sollten wir zusammen als Haushaltsgesetzgeber eintreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird vielfach diskutiert. Es wird vielfach ausgetauscht: Was ist richtig, was ist falsch, was kann man machen? Herr Kollege Baumgärtner hat es treffend dargestellt. Wir brauchen auch ökologische und ökonomische Kriterien, um auch das Reaktivierungsbestreben immer wieder überprüfen zu können. Es muss auch Sinn machen. Es müssen auch Leute damit fahren. Wenn 25 Personen pro Zug zu viel sind, die verlangt sind, dann frage ich mich – Entschuldigung –, wo wir dann sind. Wir wollen doch, dass die Züge voll sind, wir wollen doch auch, dass die Züge nachgefragt werden, dass dementsprechend etwas da ist. Ich glaube, dafür sollten wir gemeinsam eintreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn jetzt immer wieder das Kriterium der 1.000 Personenkilometer infrage gestellt wird, dann lohnt es sich manchmal auch, den Blick über die bayerische Landesgrenze zu werfen.

(Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Es lohnt sich, diesen Blick über die bayerische Landesgrenze dann zu werfen, wenn auch andere Parteien in der Verantwortung sind. Ich erlaube mir, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, lieber Kollege Büchler, auch einmal den Blick auf Baden-Württemberg zu richten. Wenn der dortige Verkehrsminister Winfried Hermann sagt – ich zitiere wörtlich –: "Tausend plus x Fahrgäste pro Tag seien wohl notwendig, um diese Hürde Reaktivierung zu überwinden,", dann kann man wohl sagen, ein gewisser grüner Sachverstand scheint auch im Verkehrsministerium Baden-Württemberg vorhanden zu sein. Vielleicht orientieren Sie sich einmal dort an den Kriterien.

Ganz ehrlich, die GRÜNEN können nicht in Bayern das eine und in Baden-Württemberg das andere fordern, sondern dort, wo Verantwortung vorhanden ist, sieht man, dass es ökonomisch und ökologisch Sinn machen muss. Deswegen stehen wir dahinter, deswegen stehen auch die GRÜNEN in Baden-Württemberg hinter diesem Kriterium.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Liebe Kollegen der SPD, Sie haben auch in Niedersachsen immer noch Verantwortung, und selbst in Niedersachsen, Herr Adelt, sind Kriterien gefordert, die deutlich über 1.000 Fahrgäste pro Streckenkilometer liegen. Das bedeutet, dass dort ein Kriterium angelegt wird, das eben auch ökologisch und ökonomisch Sinn macht.

Ich glaube, wir sollten uns auch auf Eigenes besinnen. Wir sollten uns darauf besinnen, dass wir ökologische und ökonomische Kriterien als Standardkriterien heranziehen, dass wir sagen: Leute, es muss Sinn machen, es muss auch dementsprechend begründet sein, wenn wir reaktivieren wollen. Deswegen macht das Kriterium der 1.000 Personenkilometer auch Sinn. Wenn eine Lok 100 Liter pro Kilometer braucht und ein Bus 25 Liter pro Kilometer, dann wissen wir doch wohl, was insgesamt passt. Darauf sollten wir uns beschränken.

Liebe Kollegen, ich möchte noch auf zwei Punkte des Kollegen Büchler eingehen. Lieber Herr Kollege Büchler, den Schienennahverkehrsplan werden wir noch in diesem Jahr vorlegen. Wenn Sie nun mit Baden-Württemberg kommen, dann ist das gut und recht. Aber auch wir als Freistaat Bayern investieren sehr viel Geld in die Schieneninfrastruktur, obwohl wir es uns ganz einfach machen könnten. Wir könnten sagen, der Bund ist zuständig, die DB ist zuständig, aber wir zeigen nicht immer mit dem Finger nach Berlin.

Wir haben doch eine Verantwortung für unsere Leute, wir haben doch eine Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir auch in diesem Jahr wieder über 100 Millionen Euro in das Netz der Deutschen Bahn investieren, dann ist das gut angelegtes Geld. Wir brauchen nicht nach Baden-Württemberg zu schauen, wir müssen nach Bayern schauen. Seien Sie doch einmal stolz darauf, was wir in Bayern machen. Seien Sie doch einmal stolz darauf, was wir hier machen, und reden Sie nicht alles schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich darum, diesen Antrag abzulehnen. Denn, wie ein deutschlandweiter Vergleich zeigt, er macht keinen Sinn, er ist ökonomisch, er ist ökologisch unsinnig. Ich glaube, wir sind in Bayern mit diesem Weg, den wir gehen, auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Herr Schuberl, bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, Kollege Adelt hat auf meine Frage nicht antworten wollen.

(Klaus Adelt (SPD): Auf welche?)

Jetzt frage ich Sie ganz konkret zum Probetrieb Gotteszell – Viechtach. Wenn der Probetrieb ausläuft und das Tausender-Kriterium nicht erfüllt ist, lässt es dieses Kriterium zu, dass die Bahn trotzdem weiterbetrieben wird, oder muss sie eingestellt werden? Ich bitte um eine klare Antwort und nicht drumherum zu reden.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Keine Sorge. Lieber Kollege Schuberl, wir sind immer noch im Probetrieb. Wir sind die nächsten Jahre bei der Strecke Gotteszell – Viechtach im Probetrieb. Am Ende dieses Probetriebs werden wir uns ganz genau anschauen, was Sinn macht. Wir sind im Gespräch, was wir mit den Bussen machen können.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wenn es nicht erfüllt ist, was passiert dann?)

Dort ist auch immer noch Potenzial, was ich auf abgestimmten Trassen dementsprechend machen kann. Am Ende dieses Probetriebs werden wir Bilanz ziehen und schauen, wie es weitergeht. Ich rede mit allen Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Sie fragen, was man machen kann. Max Gibis ist stark dahinter und sagt: Wir müssen dort mit dem Zug weitermachen. Wir sind grundsätzlich offen dafür, diese Bahn weiterhin fahren zu lassen. Wir müssen uns jetzt aber die Kriterien ansehen, wir müssen uns ansehen, wie viele Leute mit dem Zug fahren. Dann werden wir uns in ein paar Jahren darüber unterhalten, wie es dort weitergeht.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Diese Abstimmung erfolgt auf Wunsch der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in namentlicher Form.

Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen stehen für Sie an den Ausgängen und hier vor dem Rednerpult bereit. Ich eröffne die Abstimmung – fünf Minuten. Die Abstimmung beginnt.

(Namentliche Abstimmung von 11:46 bis 11:51 Uhr)